

durch Lohntrieberei und Lusquantumsteigerung ge-
deutigt hat".

Treffend hat im bayerischen Reichsrat General von Blaum umfangst die ganze zwielose
Fürsorge gesucht gegenüber der unstill-
baren Begehrlichkeit des heutigen
Arbeiterums erörtert:

Solange der Arbeiter jemand sieht, der es besser hat als er — nach seiner Meinung —, bleibt er eben unzufrieden und es wird auch immerzu Leute geben, die ein Interesse daran haben, diese Unzufriedenheit zu benutzen. Nur durch rücksichtlose Strenge kann heute noch die Autorität gesichert und Neigungen entgegengesetzt werden, die sobald nicht aus der Welt zu schaffen sind."

Der konervative Rajonmensch zitiert dann neben anderen einen amerikanischen Professor über den Handarbeiterwert unseres "Machinenzeitalters" und knüpft daran die folgenden hochleidigen österherzigen Bemerkungen, daß je mehr die Maschine leistet und die früher so wichtige und schaffensreiche Handarbeit zurückdrängt wird, die verbleibenden handwerklichen Leistungen nur angepaßt beobachtete Anprüche ergeben können. In Wirklichkeit fordert aber dieses entwertete Handlangerium die ungerechtfertigten Löhne mit fortgesetztem Handaufhalten, um eben bequemlich über die Verhältnisse der Unterlassen sich auszuleben zu können, statt mit zunehmender Sparfertigkeit sich in das veränderte Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung im Gesamtinteresse einzufügen."

Die Handarbeiterklasse kennt nur Forderungen; für die Pflege der nationalen Werte fehlt es da aus Prinzip an Willen und Verständnis, weil eben der alleinigmachende proletarische Zukunftsbau das Ideal der roten Politik bleibt. Darum allernächstes Fürsorge zur Kräftigung der Mittelschicht im weitesten Sinne, weil dies die nüchternste Schicht für den Staat und seine Erhaltung im abhängigen Interesse beider ist, während die fortgeschrittenen Unverantwortlichkeit des Handlangeriums bereits die damals unbekannten und wirtschaftsschädlichen Proletariertypen a la Neu-Seeland (8 Stunden Arbeit bei 8 M. Normallohn und drei Halbtagepräge pro Woche) herbeiwirkt, so daß nur noch die getrüffelten Kapitäne als Verbesserförder zu diesem farnosen Gutunftsbaeck des Proletariats verbreiten".

Nach den letzten Sätzen zu urteilen, scheint der konervative Mensch und Zeitgenosse die "fortgeschrittenen Unverantwortlichkeit" in seinen Kreisen (an der er, wie figura zeigt, selbst lebt), sowie die in seinen Kreisen oblige "Leibesfürsorge mit Kapitänen", Auster, Seif usw. in völliger Gleichverteilung zu übersehen oder irrtümlicherweise auf die durchaus nicht analogen Verhältnisse bei der arbeitenden Bevölkerung zu übertragen. Weiter auf die Schimpfwörter einzugehen, erübrigts sich.

Wie steht es nun in Wirklichkeit um die vielgeschmähte Begehrlichkeit der Arbeiterklasse? Wir deuteten bereits

an, daß der gewaltige Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch das Verhältnis zwischen bestehenden und bestossenen, zwischen Herren und Knechtsschaft, wesentlich verändert hat. Der heute für den geordneten Gang der Produktion einfach unentbehrliche Arbeiter erhielt im Laufe der Zeit das Bewußtsein seines Wertes! Mit dieser Erkenntnis setzt der Kampf der Arbeiterschaft um den ihr gebührenden Rang innerhalb der menschlichen Gesellschaft ein. Was die herrschende und bestiegene Klasse "Begehrlichkeit" des Arbeiters nennt, ist weiter nichts, als das bewußte Wollen desselben, obiges Ziel zu erreichen!

Hand in Hand damit geht das Bestreben der klassenbewußten Arbeiterschaft, die verrottete kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische zu erlegen. Wir brauchen nur einen Blick auf die uns umgebenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände zu werfen, um dieses Bestreben zu verstehen und voll und ganz zu würdigen. Wie "herrlich weit" wir es nämlich gegenwärtig gebracht haben, so daß es eine "wahre Lust ist, zu leben, das mögen uns einige Tatsachen neueren Datums beweisen: Der junge Millionär Vincent Astor, dessen Vater bei dem Untergang der "Titanic" ums Leben kam, muß täglich sechs Stunden lang angestrengt arbeiten" um — Scheids und andere Papiere zu unterschreiben!

Das Vermögen des jungen Mannes beläuft sich auf 250 Millionen Mark, so daß er im Jahre etwa 12 Millionen Mark Brutto gewinnt und in der Lage ist, täglich 30 000 Mark für eigene Bedürfnisse auszugeben. In jeder Minute verdient der junge Astor 21 M. Ein englisches Blatt erzählt in einem langen Artikel über modernen Luxus von einem Essen für 30 Personen, das zu Ehren eines nach Japan entsandten Diplomaten gegeben wurde; der ganze Speiseaal war japanisch ausgestattet worden, und das Essen kostete nicht weniger als 30 000 Mark. Ein anderes Essen für 34 Personen, das in ein Polarmilieu verlegt worden war, kostete mehr als 40 000 Mark. Der Gastgeber, der mit 25 Millionen "belastet" ist, schenkte zum Schluss jedem der 34 Gäste Juwelen im Wert von 1500 M. Diese Essens fanden in großen Restaurants statt, aber nicht weniger üppige Schmausereien gab es in vornehmen Privathäusern, in denen Räucherei arbeiten, die 15 000 bis 30 000 Mark pro Jahr verdienen; ja, einer der Herren Köche bringt es sogar auf 40 000 M. Gehalt. Das Bantett und der Koch sind aber noch nicht alles; ein echtes, rechtes Mahl erfordert einen Blumenschmid, der Tafelende von Mark kosten kann. Eine Dame erzählte wie etwas ganz Selbstverständliches, daß ein Fest in ihrem Hause nur an Blumen 8 000 Mark gekosten habe. Eisblöcke mit Purpurfarbenen Orchideen zierten die Treppenläufen, Kastaden der herrlichsten Rosen schmückten die Geländer, breite silberne Vasen mit Rosentrosen standen auf den Tischen, und lange Ranten der kostbarsten weißen Orchideen prangten im Salon. Zu solcher Pracht gehören natürlich auch

"erstklassige" Künstler, die die Gäste zu unterhalten haben; und es ist ebenso selbstverständlich, daß diese Künstler fürsich bezahlt werden: 2000 bis 4000 Mark für ein paar Liederchen sind der übliche Preis... ja, Caruso ließ sich einmal für zwei oder drei Lieder, die er nach einem Kurzessen singen sollte, in aller Ruhe mehr als 6000 Mark bezahlen.

Und eins der vielen Gegenstücke hierzu:

Von der Strafammer in Gnesen erhielten der Arbeiter Comejat ein Jahr drei Monate, seine Frau ein Jahr sechs Monate Gefängnis, weil die Hungernden drei Monate hinzuwohl Fleisch aus einer Abdederlei entwendet hatten!

Und diese "herrliche", oder wie die Pfaffen sagen, "östliche" Weltordnung, in der Tausende von Waisenkindern und Lagerdielen in einer Nacht doppelt so viel durchbringen, als eine Arbeitersfamilie in einem vollen Jahr zum Leben braucht, sollte ewig bestehen bleiben??

Nein, und abermals nein! Immer "begehrlicher" muß die Arbeiterschaft ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit erheben, immer "begehrlicher" auf angemessene Entlohnung usw. bringen, die Phrasen von Gottgewollter Abhängigkeit und Unveränderlichkeit der bestehenden Verhältnisse in ihrer ganzen Lächerlichkeit darum und die Unholzbarkeit eines Systems aus Euge und Eigennutz, genannt die göttliche Weltordnung, aller Welt vor Augen führen!

Und die Arbeiterschaft wird nicht erlahmen in diesem ihren Kampfe gegen Unternehmer und Pfaffen und Klassenstaat!

Was wir wollen, saßt sich in wenigen Worten zusammen: den arbeitenden Menschen sollen die Früchte ihrer Arbeit zufallen! Heute genießt der Dümmler und Faulste, wenn er nur über genügendem Besitz verfügt, gleichviel, wie er ihn ergaunert hat, ob er in der Wahl seiner Eltern sehr vorsichtig war oder ob er ihn aus dem Schweine der Arbeit erpreßt, die Güter der Kultur; während der Arbeiter, da er nichts hat als seine Arbeitstrafe, die er meistens für einen Hungerlohn verlaufen muß, in Armut dahin lebt. Was wir fordern von der Zukunft kennen? Das Brot und Arbeit uns gerüstet sehn; Das unsere Kinder in der Schule lernen, Und unsere Freiheit nicht mehr betteln geh'n!"

Und wir werden im Kampfe nicht müde werden, allen Scharnäckern und Schreihälsen zum Trotz, mögen sie sich auch noch soviel über die "Begehrlichkeit" der Arbeiter entzünden!

Wirtschaftliche Rundschau.

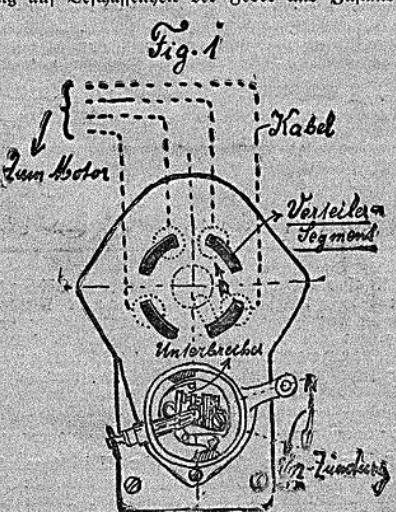
Flaut die Konjunktur ab? Diese Frage beschäftigt gegenwärtig alle wirtschaftlich interessierten Kreise. Während der Börsenkratzer und der Spekulant bereits über die Depression am Wertpapiermarkt klagen und schon ganz allgemein von einer Krise sprachen, freut

sich die angestrebte Tätigkeit dieses Mechanismus: Bei einer Umdrehungszahl des Motors von 1800 pro Minute muß der Strom in dieser kurzen Spanne Zeit nicht weniger als 3600 mal unterbrochen werden. Selbst bei Verwendung edelfester Materialien für die Unterbrecherstäbe ist immerhin nach millionenfachen Unterbrechungen Abnutzung zu bemerken. Die Prüfung des Unterbrechers kann ebenfalls bei den meisten derartigen Apparaten ohne Demontage derselben vorgenommen werden; durch Weiterschieben einer Feder geht der Fedel weg und der Unterbrecher liegt frei da. Die Verfestigungs schraube muß gut angesetzt sein, ebenso müssen die Unterbrecherhügel, sowie die Platin schrauben festliegen. Die Größe des Abisses soll 0,4 Millimeter betragen und ist darauf hin zu kontrollieren und eventl. mit Hilfe der Platin schraube einzustellen. Man vergesse dabei nicht die Schraube durch festziehen der Kontremutter wieder zu ziehen. Die eventl. verschmutzten Platinkontakte sind mit Benzin von Öl und Schmutz zu reinigen. Ist es notwendig, wegen zu großer Abnutzung die Kontakt schrauben durch neue zu ersetzen, so muß der Unterbrecher ausgebaut werden, was durch Lösen der Verfestigungs schraube leicht bewerkstelligt werden kann. Bei der Montage ist auf die richtige Stellung zu achten, welche durch Teil und Nut bestimmt ist. Sind die Kontaktflächen der Stößen uneben, so genügt es, die selben herauszunehmen und mit einer feinen Schleifsteine zu glätten. Nachdem man sich noch von der leichten Beweglichkeit der Unterbrecherhebel überzeugt hat, sind die Untersuchungen am eingebauten Magnetrapparat beendet. Entsichtigt man sich, denselben auszubauen — was durch einfaches Lösen eines Federbandes bei modernen Apparaten möglich ist — so verändere man nichts an derstellung der Antriebsstange. Ohne den Apparat in seine Zelle zu zerlegen, drehe man den Anter von Hand. Sind die Stahlmagnete noch genügend mit magnetischer Kraft gesättigt, so muß bei jeder halben Umdrehung des Anters sich ein merklicher Widerstand entgegensetzen. Man kann nun auch folgenden Versuch machen: mit der rechten Hand drehe man den Anter, mit der linken Hand verbinde man ein Stiel festen Drahtes mit dem Koblenhafter oder einer Aufschlußstelle an der Stromverteilerplatte und halte das andere Ende in einem Abstand von ca. 1 Millimeter an den Magneten; ist derselbe noch stark genug, so muß ein Funke über-

Betriebsstörungen an dem Automobil-Motor.

II.

Sind die Zündkerzen in Ordnung gebracht oder eventuell durch neue ersetzt und erscheint trotzdem beim Durchdrehen des Motors an denselben kein elektrischer Funke, so ist der Fehler zunächst an dem elektrischen Leitungskabel oder Kontaktstift zu suchen und dann erst an der Kontaktstelle selbst, dem Magnetapparat, zu suchen. Durch die seinen Vibrationen (Erschütterungen) des Motors kann es vorkommen, daß sich Schrauben und Muttern lösen; der metallische Kontakt hört dann auf, der elektrische Strom kann nicht fließen. Defekte am Kabel treten gerne an der Stelle auf, wo der Kabelschuh an demselben befestigt ist; daraus ist jedes Kabel zu untersuchen. Speziell bei dem Hochspannungskabel ist überall auf gute Isolation zu achten, da sonst der Funke an einer anderen Stelle und nicht an der Zündkerze überspringt. Ist das Kabel in nächster Nähe des Auspuffrohrs verlegt, so kann es vorkommen, daß durch die starke Hitze die Isolationsmasse unbrauchbar geworden ist. Ein nachdem man alle diese Fehlerquellen ausgeschaltet hat, gehe man an die Untersuchung des Magnetrapparates. Die Stellkontakte müssen jetzt über, um die Sicherheit eines metallischen Schlusses zu haben. Dann prüfe man den Verteiler, da die Erfahrung gelehrt hat, daß in diesem Mechanismus des Magnetrapparates am häufigsten die Ursache des Fehlers steht. Ohne denselben zu demontieren, kann man durch Aufhebung der Federspannung den Fedel abheben; die vier Kontaktstellen entstehen durch den vier Zylinder des Motors sind nun deutlich sichtbar. (Siehe Fig. 1.) Es ist nun zu untersuchen, ob sich infolge von Abnutzung der Verteilerschleifstohle Kohlenstaub zwischen den einzelnen Segmenten niedergeschlagen hat, wodurch eventl. ein falscher Zylinder zum Zünden gebracht wird und Auslöser zur Folge hat. Man nehme ein mit Benzin bespritztes Tuch und reinige die Scheibe gründlich; dann überziehe man dieselbe mit einem Ölbaum, um eine zu frühzeitige Abnutzung der Rolle zu verhindern. Sollten sich diese Rillen in die Metallsegmente eingegraben haben, so entferne man dieselben vorsichtig mit seinem Schmirgel. Die Untersuchung erfreute sich weiter auf die rotierende Verteilerolle; bei zu starkem Verschleiß



Kohle mache man an dem auf der anderen Seite liegenden Schleifringkontakte. Fast ebenso wahrscheinlich wie ein Defekt am Verteiler ist ein solcher am Unterbrecher. (Siehe Fig. 1.) Obwohl gerade dieser Teil des Magnetrapparates ein kleiner Kunsitzer der Feinmechanik darstellt und mit wunderbarer Präzision auf das genaueste hergestellt ist, sind Störungen, wenn sie auch immer seltener werden, doch nicht ausgeschlossen. Man vergegenwärtige

sich der Großindustrie noch über den flotten Geschäftsgang der gewerblichen Unternehmungen, über die wachsende Produktion und die steigenden Preise. Jeder bildet sich sein Urteil über die wirtschaftliche Lage nach den Beobachtungen, die er auf dem Gebiete macht, das seiner praktischen Tätigkeit am nächsten liegt. Unseren läßt die Geldnäppheit nicht nur die Unternehmungslust der Börsenbewegung, sie schwächt auch schon die Austriebskraft der gewerblichen Konjunktur. Der Rückgang der Neugründungen und Kapitalerhöhungen von 166,08 Millionen M. im Februar 1912 auf 53,54 Millionen M. im entsprechenden Monat des laufenden Jahres ist ein Symptom, das man den Vorboten der Krise, die sich — wie gesagt — am Geldmarkt und an der Börse zeigen, zur Seite stellt kann. Allerdings ist der Zusammenbruch der gewerblichen Hochkonjunktur nicht von heute auf morgen zu erwarten. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sich im allgemeinen der gewerbliche Betriebsschlagungsgrad noch bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres in steigender Richtung bewegen wird. Soviel über die allgemeine Wirtschaftslage.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte im Monat Januar ein relativ günstiges Bild. Es kamen bei den an die Berichterstattung des "Arbeitsmarktes" angekommenen Arbeitsnachrichten auf 100 offene Stellen durchschnittlich 137,15 Arbeitssuchende gegen 157,99 im vorjährigen Parallelmonat. Gegen Dezember 1912 ist die Antragsziffer um 3,4 gestiegen. Die günstige Entwicklung erklärt sich vorwiegend aus dem Rückgang des Angebots von Arbeitskräften, während die Arbeitsgelegenheit im Vergleich zum Vorjahr verhältnismäßig wenig zugenommen hat. Die Zahl der Arbeitssuchenden verringerte sich nämlich bei den in Betracht kommenden Arbeitsnachrichten von 193 534 auf 179 046. Es ist besonders bezeichnend, daß die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden von 44 253 auf 47 422 stieg, während bei den männlichen eine Abnahme von 149 281 auf 131 624 zu verzeichnen war. Die aussichtsreiche Bewegung bestätigt die Vermutung, daß die Zunahme der überseeischen Auswanderung und der Rückgang des Zugangs von Arbeitskräften aus den Balkanstaaten und aus Österreich-Ungarn eine Verminderung des Angebots am deutschen Arbeitsmarkt zur Folge haben werde. Die Zahl der offenen Stellen ist im Berichtsmonat von 122 496 auf 130 544 gestiegen. Die Zunahme der Arbeitsgelegenheit war also nicht gerade bedeutend, zumal man in Betracht ziehen muß, daß die überaus milde Witterung der Bevölkerung im Freien noch sehr günstig war. Trotzdem ruhte die Bauertätigkeit in ganz Deutschland vollständig. Auch die Binnenschifffahrt war durchweg eingestellt. Ziemlich lang war der Geschäftsgang zum Teil auch im Textilgewerbe. Nur teilweise war die Baumwollindustrie hantechend beschäftigt. Die vogtländische Schleife und Spinnindustrie lebt noch immer im Zeichen völliger Depression. Ein weiterer Rückgang herrsche in den meisten Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie. Allerdings traten gegen Ende des Berichtsmonats auch hier wieder Anzeichen einer Erholung hervor. Die Landwirtschaft befandt in vielen Gegenden steigenden Arbeiterbedarf. Auch im Bergbau und in der Schwerindustrie war noch reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden. Die gegenüber dem Vorjahr am Arbeitsmarkt eingetretene Besserung prägte sich am

stärksten in der Abnahme des Andrangs am Arbeitsmarkt für Männer aus. Hier kamen im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen durchschnittlich 161,79 Bewerber gegen 194,80 im Januar 1912. Bei den Weibchen ist der Rückgang von 96,48 auf 96,41 zurückgegangen. In den einzelnen Landesteilen war die Entwicklung der Arbeitsmarktlage je nach dem Vorwiegen bestimmter Gewerbszweige naturgemäß verschieden. In den östlichen Provinzen, Ostpreußen, Westpreußen und Polen stieg die Arbeitsgelegenheit.

Die Auswärtsbewegung, die der deutsche Außenhandel sah im ganzen vergangenen Jahre genommen hat, ist auch im ersten Monat dieses Jahres bestehen geblieben. Mit wenigen Ausnahmen haben

der. Dem Wert nach stellte sich die diesjährige Einfuhr auf 949,55 Millionen M. gegen 843,08 Millionen M. im Januar 1912. Die gesamte Ausfuhr ist von Januar 1912 auf den Berichtsmonat von 48,50 Millionen Doppelzentner auf 55,42 Millionen Doppelzentner gestiegen. Der Menge nach geht sie also nun mehr über die Einfuhr hinaus. Nicht so dem Wert nach. Der deutsche Export im Januar 1913 repräsentiert einen Gesamtwert von 772,54 Millionen Mark. Im Januar 1912 errechnet sich der gesamte Export um 626,97 Millionen M. Während der Import um 106,47 Millionen M. zunahm, wuchs die Ausfuhr also um 145,58 Millionen M.

Der Ausweis über die Gütersehennahmen im Monat Januar bestätigt, daß die Beliebung des Güterverkehrs auf deutschen Eisenbahnen in nicht minderen Grade vor sich ging, als im ersten Monat des Vorjahres, obwohl damals eine längere Ruhepause in der Politik eingerichtet war. Aus der Güterverteilung erzielten die inländischen Eisenbahnverwaltungen im Januar 1913 eine Gesamtentnahmen von 164,53 Millionen M., d. i. 15,09 Millionen M. mehr als im vorjährigen Korrespondenzmonat und ein Plus von 27,83 Millionen M. gegen Januar 1911. Auf den Kilometer Bahnhofstrecke berechnet ergibt sich eine Durchschnittseinnahme von 3077 M. gegen 2827 M. im Januar 1912. In den letzten Jahren zeigt die Kilometerentnahmen aus dem Güterverkehr im Januar folgende Entwicklung:

	Januar	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Einnahme pro							
Kilometer	2493	2337	2450	2621	2827	3077	
Geg. d. Vorjahr	-156	+113	+171	+206	+250		

Im Januar 1908 war die Konjunktur auf ihrem Gipfel angelangt; es wurde damals eine Gesamtentnahme von 124,07 Millionen M. aus Prachten ausgewiesen, so daß heute bereits eine Steigerung von circa 33 % zu errechnen ist. Bekanntlich belebt sich auch der Personenzugverkehr mit steigender Konjunktur entschieden. So zeigt auch diesmal die Fahrgeldentnahme um 3,20 Millionen M. auf. Die Kilometerentnahme aus dem Personenzugverkehr ist auf 1106 M. gestiegen; im Januar 1908 stellte sie sich auf 862 M.

Der chronische Charakter der Lebensmittelsteuerung tritt immer deutlicher hervor. Seit Januar 1911 haben sich die Kosten des Nahrungsmittelauflaufs in Deutschland um durchschnittlich 2,51 M. erhöht. Zu den wichtigsten preußischen Landesteilen betragen die Kosten des Nahrungsmittelauflaufs einer vierköpfigen Arbeitersfamilie pro Woche in M.:

	Januar	1911	1912	1913	Steigerung seit Jan. 1911
Ostpreußen	21,88	22,77	25,21	3,33	
Groß-Berlin	23,04	24,03	25,44	2,40	
Brandenburg	22,80	24,58	25,87	2,87	
Pommern	22,21	23,75	25,79	3,58	
Posen	22,72	24,71	26,05	3,33	
Schlesien	23,26	24,83	24,73	1,47	
Sachsen	24,27	25,86	26,90	2,63	
Westfalen	24,47	24,58	26,08	2,61	
Hessen-Nassau	24,47	24,50	25,62	1,15	
Mecklenburg	25,35	26,12	26,92	1,57	
Hannover	22,21	24,22	25,54	3,33	

springen. Gelingt auch dieser Versuch nicht, so liegt eine innere Störung — Kurzschluß in den Drahtwicklungen — vor. Innere Defekte zu befehligen machen ein vollständiges Verlegen des Apparates in seine vielen Einzelheiten notwendig, was am besten vom Spezialisten geschieht, um so mehr, als Reparaturen an den Wicklungen sachgemäß nur von dem betreffenden Fabrikanten ausgeführt werden können. Wer glaubt, einen Magnettapparat auch auf seine inneren Krankheiten untersuchen zu können, vergesse nach dem Ausbau des Ankers nicht, die beiden Polspulen durch ein Eisenstück zu verbinden, da sonst die magnetische Kraft der Pole schwächer wird.

Hat sich nach allen diesen Untersuchungen kein Fehler in der elektrischen Stromquelle herausgestellt, so gehe man einen Schritt weiter: die Einstellung der Zündung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Diese Prüfung setzt unbedingt die Kenntnis eines im Vierkasten arbeitenden Motors voraus. Man vergegenwärtige sich, daß der Magnetapparat nur bei einer bestimmten Anordnung einen Strom erzeugt und daß andererseits der Zündfunke im Zylinder des Motors nur in einem ganz bestimmten Moment während des Arbeitsprozesses der Maschine erscheinen muß; nämlich am Ende des Kompressionshubes in den obersten Totpunkt des Kolbens. Diese Bedingung setzt einen zwangsläufigen Antrieb der Zündmaschine sowie eine bestimmte Stellung des Ankers zur Kolbenstellung des Motors voraus; außerdem eine bestimmte Reihenfolge der Zündungen. Wir legen unserer Betrachtung einen rechtslaufenden Motor und Magnetapparat zu Grunde. Um festzustellen, ob die elektrischen Kabel an die richtigen Zündkerzen angeschlossen sind, beobachte man zuvor das Arbeiten der Zündkerzen. Entweder arbeiten die selben (Siehe Fig. 2) in der Reihenfolge 1, 2, 4, 3 oder 1, 3, 4, 2. In derselben Reihenfolge müssen auch die Zündungen erfolgen, resp. der Verteiler den elektrischen Strom an die Kerzen abgeben. Aus den beigegebenen Figuren ist die Verlegung der Zündkabel deutlich ersichtlich.

Um nun zu konstatieren, ob der Abriß, also das Entfernen des Zündunterteils im richtigen Moment erfolgt, versah man am besten so gärendemmaßen: Man drehe den Motor langsam von Hand so lange in der Richtung, die er im Betrieb hat, bis der Kolben

Nr. 1, als welchen man am zweithäufigsten den Zylinder wählt, der dem Kühlter am nächsten ist, am Ende des Kompressionshubes angelangt ist. In älteren Motorkonstruktionen mußte diese Feststellung etwas umständlich durch Lösen verschiedener Verschraubungen erfolgen, um von außen einen Draht auf den Kolbenboden zu bringen; an der Stellung des Drahtes war die oberste Totlage des Kolbens ersichtlich. Bei neueren Motorkonstruktionen ist diese Stellung in der Regel durch eine Markierung

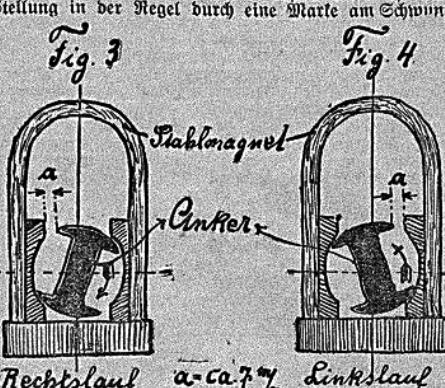
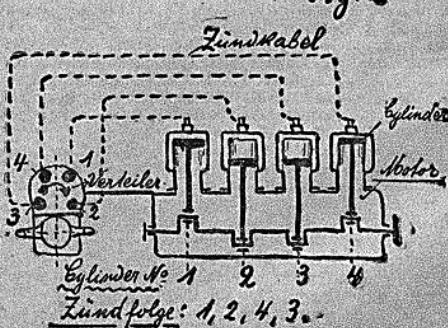
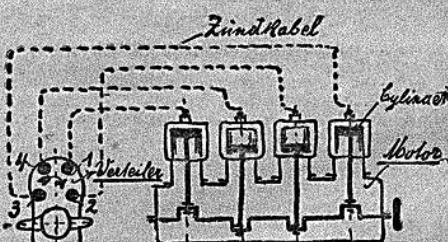


Fig. 3
Rechtslauf
Stabzündkerze
Anker
Fig. 4
Linkslauf
Stabzündkerze
Anker
rad gekennzeichnet. In dieser Kolbenstellung muß der Unterteil des Zündapparates, der in der Figur 3 gezeichnete Stellung haben, wenn derselbe rechtsdrehend ist, für linksdrehend die in der Figur 4 dargestellte. Der Magnetapparat, der auf größte Spätzündung eingestellt ist, muß nun daran arbeiten, daß in der bezeichneten Kolbenstellung der Abriß des Zündfunks am unteren Ende erfolgt. Die gezeichnete Stellung des Ankers im Magnetapparat bei Spätzündung ist durch die Tatsache bedingt, daß, wenn der Motor, wie normal, mit Frühzündung arbeitet, der Abriß in der Mittellage des Ankers erfolgt, wodurch ein möglichster Motor und in einer Funke erscheint, was für die Leistung des Motors von wesentlicher Bedeutung ist.



Über Störungen der Zündungen an Motoren mit Abreißzündung soll hier nicht näher eingegangen werden, da dieses Zündsystem an Automobilmotoren immer seltener wird; dagegen soll der Vollständigkeit halber noch einiges über Batteriezündung erwähnt werden. Auch hierbei unterscheide man zuerst die Kerzen in der einangs erwähnten Weise. Da bei diesem Zündsystem in vielen Fällen die Stromquelle — die Akkumula-

Für die hauptsächlichsten außerpersischen Gebiets-
teile ergaben sich folgende Ziffern im März:

Januar	1911	1912	1913	Steigerung seit Jan. 1911
Bayern	23,46	24,16	25,93	2,47
Pr. Sachsen	22,91	24,21	25,87	2,96
Württemberg	23,12	24,03	25,59	2,47
Baden	24,85	26,29	27,09	2,24
Hessen	23,41	24,60	26,73	3,32
Thür. Staaten	23,31	24,75	26,77	3,46
Anhalt	24,39	25,31	27,23	2,84
Elsaß-Lothring.	24,31	26,27	27,41	3,10

Es ist ungesetz ein Jahr her, da stand Erzellen Wermuth auf der Tribüne des Reichstages und versicherte, die Unterstellung des Sozialdemokraten wegen der Steuer sei überflüssig und zur unrechten Zeit eingebrochen! Inzwischen ist er zu besserer Einsicht gelangt. Aber nichts gelernt hat die Reichsregierung und die Majorität hat des Reichstags. Diese Majorität lehnt selbst die äußerst bescheidene Forderung ab, daß die Zufuhr von Fleisch auch für die kleineren Gemeinden, und nicht nur für die Großstädte, ermöglicht wird. Den Kommentar dazu aber liefert die neueste Preiszusammensetzung der amtlichen statistischen Korrespondenz in Preußen. Daraus ergibt sich nämlich folgendes über die Kleinhändelspreise für Fleisch (für das Altkrogramm in Preisen gerechnet):

	Rind-	Kalb-	Hammel-	Schweine-
	fleisch	wild	fleisch	fleisch
im Januar 1913	182,2	205,6	192,1	183,2
" 1912	168,8	186,6	170,5	145,8
" 1911	166,5	187,0	171,9	158,5
" 1910	155,7	178,4	166,3	167,8
" 1909	154,4	172,0	163,7	156,4

Es steht also nach dieser Ausstellung die Preis-
seit 1909 um und 18% gestiegen. Nun ist es aber notwendig, daß die Statistik, soweit es sich um die Kleinhändelspreise handelt, sehr umge-
nommen ist. Die Fachleute sind allgemein der Ansicht daß die Preissteigerung hier ganz ungerechtfertigt erscheint, daß sie in Wirklichkeit erheblich größer ist.

Und welche Aussichten bestehen für die nächste Zukunft? Vor uns liegen die Ergebnisse einer Umfrage, die die "Allgemeine Fleischerzeugung" darüber veranlaßt hat. Das bekannte Fachblatt hat eine Reihe von Obermeistern der Fleischverarbeitungen und die großen Fleischhändlerfirmen angefragt, und die Antworten lauten übereinstimmend dahin, daß für die nächste Zeit keine Rücksicht auf einen Rückgang der Preise reine Löhne. Die Gründe, die diese Sachverständigen anführen, sind auch recht einleuchtend: Nach der Dürre im Jahre 1911 verlaufen die Landwirte, besonders die Kleinbauern, was irgend zu verlaufen war, denn sie konnten bei dem außergewöhnlich hohen Fleischpreis nicht durchhalten. Seit einem Jahr aber haben vor allem hohe Preise, und das veranlaßt die Landwirte erst recht zum Verkaufen, um von diesen Preisen zu profitieren. Die Folge ist, daß heute das Viehbestand stark reduziert ist, daß vielfach das Jungvieh geschlachtet wurde, bevor es noch schlachtreif war. Bei reduzierten Viehbeständen aber können die Landwirte sehr wohl die Preise hochhalten, ja, es ist sogar ein Gebot rationeller Wirtschaft, daß sie jetzt vor allem dafür sorgen, die Viehbestände zu vermehren, nicht zu

verlaufen. Es ergibt sich die eigentlich Situation, die eine ganze Anzahl der Sachverständigen betont: bringt das Frühjahr günstige Butterausichten, dann gibt es unerträglich hohe Fleischpreise, weil jeder vernünftige Landwirt dafür sorgen wird, erst einmal wieder seinen Viehstall auf die frühere Höhe zu bringen. Das Fazit der Aussagen der Sachverständigen ist also: aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Preise in den nächsten Monaten weiter steigen, auf einen Rückgang ist nicht zu rechnen!

Angesichts einer solchen Situation könnte es nur einen vernünftigen Ausweg geben: die gänzliche Aufhebung der Viech- und Fleischzölle, Deinstellung der Grenzen usw. Aber unsere Kraut- und Schlotunter im Bund mit den Nachbarn oder "Kapitalistens" und "Büchelpäppels" und "gold-durchdringung", seiste Pfaffen denken mit dem Sammelschauer: "Das wer ich den Deutzen"! Unterstützt werden sie durch "nationalistische" Schachtpolitiker, und diese Mehrheit von Arzneimachern betriebe: "Das Volk kann weiter hungern!"

Wenn die sogenannten "Vollvertreter" schon so denken, braucht man sich nicht zu wundern, daß man im preußischen "Ministerium" noch einen Schritt weiter zurück im Mittelalter steht und Antschauungen hubigt, die zur Zeit der Arche Noah vielleicht distanziabel waren! Hatten da die Schweinfurter Stiegauer in einer Position im Magistrat gegen die Fleischsteuerung gekämpft. Dazu nahm Graf v. d. Schulenburg-Güntzel das Wort. Er machte nicht viele Worte, wie die Heiden im Reichstag, sondern tat seinen Mund auf und sprach also:

"Fleischmangel? Existiert denn überhaupt ein Fleischmangel? Ich muß sagen, ich habe noch nichts davon bemerkt. Beantrage Übergang zur Tagesordnung. Schlächter haben mir gesagt, früher waren die Arbeiterräte auch mit Fleisch zu zufrieden. Heute geht es nicht ohne Karbonade. Die Arbeitervölker machen heute die größten Ansprüche. Man will den Soldaten durchbrechen. Das ist ein Attentat auf den deutschen Ackerbau! Die innere Kolonisation ist Mode und Sport geworden. Es ist aber weiter nichts als Gütergläuberei. Schuld an der Lasterung ist die Steigerung der Löhne."

Nach dieser kurzen Sätze tat der Herr Graf seinen Mund wieder zu und setzte sich auf den dem gegenüberliegenden Teil seines edlen und erlauchten Körpers. Damit war die Petition der Schweinfurter und Stiegauer um die Gestaltung der Fleischmiete und Stiegauer um Fleischsteuerungen usw. erledigt!

Nun wissen wir es also, die "edlen, erlauchten und gebrachten Herren" haben noch nichts von einer Fleischsteuerung verspürt, und wenn es anders geht, nun, der ist eben kein edler und erlauchter Herr und gehört zu dem — ah, Pöbel von Arbeitern, die ihren Lohn — ah, ah — partout in Karbonade anlegen wollen. Angesichts einer solchen Vermesstheit des arbeitenden Pöbels könnte man — ah, ah — Freihäusler wären!

Misachtung der Arbeit.

Seit geraumer Zeit gehen wieder durch die Tagespresse lebhafte Klagen über mangelhafte Verkehrsverhältnisse im Hamburger Hafen. Die Beförderung an die Arbeitsplätze läuft immer noch außerordentlich viel zu langsam. Ob gefordert werden müssen, helfen einzuziehen und mangelndes Nutzen, der zur Wahl des rechten Mittels nur einmal im kapitalistischen Staatsdenken gehört.

Die vielen tausend Proletarier, die täglich im Gebiet des Weltkaisers ihrem Erwerb nachgehen müssen, hat man von jeher mit ausgeschöpfter Mülligkeitlosigkeit behandelt. Transportmethoden und Transportmittel waren unter aller Kanone. Und obendrein mußten die Arbeiter unverhältnismäßig hohe Zölle, für die hinterwälderliche Verfrachtung zahlen, die man ihnen angehoben ließ. Wer jemals das zweitselbst Vergnügen hatte, im Winter oder bei schlechtem Wetter morgens vor dem allgemeinen Arbeitsbeginn oder abends nach Feierabend einen der "comfortablen" Häuser am pfer benutzen zu müssen, der weiß ein Vieh davon zu singen. Der Zwangsweg zur Arbeitsstätte ist oft ein geradezu lebensgefährlicher.

Woher diese Gleichgültigkeit gegen das Wohl der Arbeiter? Man müßte doch annehmen, daß die Gesellschaft eine Ehre darin sehen würde, denen, die am schwierigsten für das Wohl der Gesellschaft wirken müssen, ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern! Man sollte glauben, schon längst eine Berechnung würde die Besitzenden an die Erfüllung einer einfachen Anstandspflicht gegen die Schöpfer ihres Reichtums mahnen!

Weit gefehlt! Wo immer Proletarier im Schweife ihres Angeklagts Schäfe für andere sammeln, da bietet sich uns das gleiche Bild. Es fällt niemandem ein, ihnen das entgegengestellt zu schaffen. Wir haben auf die Beförderung zur Arbeitsstätte im Hafen verwiesen. Wo die Zurücklegung des Weges mit der Bahn erfolgen muß, sieht es nicht besser aus. Die königlich preußischen Viechter, in die man früh und spät die Arbeiter pferzt, als wären sie Heringe, eng aneinander gepreßt, daß sie kaum zu atmen vermögen, in dem überlasteten Käfige, sie reden von gleicher Misachtung des Wertschaffers Arbeiter und kontrastieren aufsehend zu den weichen Postern des Kurzusages, in dem der Verbraucher des gemütlten Arbeiterschweines den Städtchen des Wohllebens und des Genusses zustrebt.

(Fortsetzung folgt.)

Doch der Mensch, der im Begriff steht, lange Stunden seine Sehnen und Muskel, Auge und Hirn bis zur Er schöpfung anzuspannen, und noch mehr der abgeradete, bummige Arbeiter, der zur Raft heimfahrt mit zitternden Knieen und schmerzendem Rücken, erst recht Anspruch hätte auf eine gewisse Bewegung im Ich! — der Gedanke liegt den Herren ihres Geschicks meilenfern! Und wer ihn in ihrer Gegenwart ernsthaft vertreten würde, würde entrisselem Protest oder verständnislosem Lachen begegnen. Auch auf dem Wege zu und von der Arbeit muß der Proletarier immer im Gleiche gewicht des Gleichen bleiben, darf er nicht daran erinnert werden, daß es auch noch etwas besseres gibt, als sein Los!

Welche unablässigen Stampf löst es, daß den Arbeitern halbwegs menschen würdig zu räumen zum Einnehmen ihrer Speisen angewiesen werden! Da holen die einen auf freier Hand das räude, stroh, wenn ihnen ein Baum oder Buch wenigstens etwas Schutz gegen Wind und Wetter bietet. Kein Stuhl, kein Tisch, daß sie sich gemütlich machen könnten! Da holt der Kutscher an seinem Gefährt und stolingt hastig sein Maß hinunter. Da lauern der Schiffer und seine Hilfsleute im Kahn zwischen den Gittern und stärken sich an Speis und Trank! Wie die Tiere des Feldes in freier Natur, wo es gerade trifft!

Und doch sind sie noch glücklich zu schämen denen gegenüber, in den dunklen und staubverfüllten, giftigen Räumen hunger und Durst stillen müssen, die mit der Nahrung den Stein in sich aufnehmen, der früher oder später ihren Körper vernichtet. Man vergleiche einmal die Buden, in denen unzählige Arbeiter zu "dinneren" gezwungen sind, mit den Räumen, in denen ihre "Herren" die mehr oder minder große Zahl "Gänge" hinter den Bahnen verschwinden lassen! Soviel Licht hier, soviel Schatten dort!

Soll man etwa bezweifeln, daß jene Leute wissen, was einem Arbeiter gut und nützlich und darum nötig wäre? Das wäre eine Beleidigung ihrer Intelligenz! Sie verstehen gar wohl alles, was für eine bessere Fürsorge für die Arbeiter in dem ange deuteten Sinne spricht! Was notiert, das lehrt sie ja der eigene Körper, der sehr genau zu unterscheiden weiß zwischen Bequemlichkeit und Unbequemlichkeit und aus sehr natürlichen Gründen erster unbedingt den Vorzug gibt!

Es ist ein ganz bestimmter Gedanke, der in der Rückichtlosigkeit gegen den Mann der schweren Arbeit zum Ausdruck gelangt. Und das ist der oben bereits ange deutete: Man will um jeden Preis den Arbeiterräteständig in dem Gefühl halten, daß er eben Arbeiter ist, und daß gewisse Ansprüche für ihn nicht da sind! Wissamt der Brolet sich erfreuen, auf ebenso weitem Posten seine Glieder ruhen lassen zu wollen, wie der bei der Wahl der Eltern vorsichtiger gewesene Mutter! Wo bliebe da der Abstand, der zur Erhaltung des Bestandes der gegenwärtigen schönen Ordnung der Dinge so unentbehrlich ist? Auch äußerlich muß zum Ausdruck kommen, daß es zwei Sorten Menschen gibt, die hungrigen und die satiatis, die mit Sporen und die mit Sätteln geborenen!

Das sucht man überall fühlbar zu machen. Die Städte, zu denen dem Arbeiter der Zutritt gestattet ist, zeichnen sich ohne weiteres durch einen oft trassen Mangel an Gemütslichkeit aus. Die billigen Plätze im Theater z. B., in den Konzertsälen usw. stehen in auffallendem Kontrast zu den meistens verhältnismäßig gar nicht so viel teureren Bourgeoisie; Schmucklos, unbegrenzt, ihrem Zweck wenig entsprechend. Und wenn sie ein armer Proletarier aufsucht, der — ganz im Gegensatz zu manchem, der nur des "guten Tones", der Mode wegen sich an den Bildungsstätten langweilt — mit ganzer Seele und Hingabe bei den Werken der Geistesherren weilt: Er mag sich auf seine Art ergönnen; aber erinnert sei er auch daran, daß er ein Richts ist, verglichen mit den andern, die auf den hellen, schönen Plätzen thronen!

Man sehe sich einmal die Straßen an, in denen die Reichen wohnen und gebe dann in ein Armeliebtheit! Welcher Unterschied! Dort wohndende Breite, Grün, Licht und vor allem Plaster erster Güte hier das gerade Gegenteil! Im öden Zuge der Mietlafatern nur häßlich Licht und holpriges Plaster, das man andernwohl austauscht hat für die Sübneraugen der Armen, für die es ja gut genug ist!

Man schaue auf die Schulen: Dort die höhere für die Kinder der "besseren" Leute, mit geräumigen Zimmern und reichhaltigem Lehrmittelschatz! Hier die an die häßliche Vergrämung des Arbeiterwohnbaus gewohnteten Volksschulen, in denen nur das Allernotwendigste zur Verfügung steht, um der Arbeiterjugend ein Minimum von Bissen beizubringen! Aber fragt nur die fatten Pfahlbürger! Sie werden es auch schon bringen, daß "eigentlich" für die Rangen derjenigen, die "nur wenig Steuern zahlen", schon viel zu viel Geld weggeworfen werden!

Immer mit der Nase drauf getrieben, daß ein himmelweit Unterschied ist zwischen Besitzenden und Besitzlohen, daß das Volk in zwei einander fremde Nationen geteilt ist! Immer daran erinnert, daß eine breite Kluft gähnt, die überbrücken zu wollen gleichbedeutend ist mit dem Rütteln an den Grundlagen der "gotigewollten" Ordnung des Staates! Immer vor Augen führen: Hüten — drücken!

Freilich: Dazu reiht es sich herzlich schlecht, wenn man der modernen Arbeiterbewegung und ihren Vertern unausgesetzt nachhetzt, sie schürten die "Grenzäste", sie predigen den Klassenkampf, sie erweiteren die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlohen. Das wird auf die Dauer durch die ewige Wiederholung dumm und läppisch. Wer sein Platz ist, sieht den wahren Sachverhalt ja auf den ersten Blick!

Aber wir Arbeiter wollen nichts wissen von dem "ewigen" Bestande dieser anderen Leuten vielleicht sehr angenehmen "Ordnung", wir wollen nichts davon wissen, daß uns unser soziales Leben auch noch in hässliche Neuerlichkeiten für hilflos gemacht wird. Und deshalb kämpfen wir in unseren Organisationen rastlos für die Befreiung des jetzigen und Herbeiführung besserer Zustand! Wir sehen nicht ein, daß unter den Menschen, die einer wie der andere nach, dünn und hilflos zur Welt kommen, eine solche ungerechte Scheidung unbedingt

nötig sei, wir halten sie vielmehr für höchst überflüssig und ungerecht.

Und wir hätten sie längst beseitigt, wenn nicht so viele Arbeiter noch im Gewissensbewußtsein dahinleben und glaubten, es müsse so sein und könne nicht anders werden, wenn nicht der Unverständ noch das Denken großer Massen unmöglich macht. Die Erkenntnis der Unwidrigkeit des bestehenden Zustandes ist noch nicht weit genug gediehen.

Unsere Aufgabe ist es, das Fehlende zu schaffen. Unsere Gegner kommen uns dabei mit der Hartnädig-

keit, die sie der Aufrechterhaltung des Unrechts widmen, sehr zu Hilfe. Nutzen wir es aus, Kollegen? Wenn Ihr wie eine Herde Vieh auf Dampfern und Bahnen zum Schlachtfeld der Arbeit geschleppt werdet, werdet Euch jederzeit die tiefer liegenden Bedeutungen dieses Vorganges bewußt und gelebt Euch: Es muß anders werden! Und daß es anders werde, dazu will ich mein Teil beitragen, indem ich meine indifferenzen Kollegen aufzulöse und meiner Organisation zuführe!



Die deutsche Automobilindustrie 1912. Nach dem vorliegenden Jahresbericht des Vereins deutscher Motorfahrzeugindustrieller weist die deutsche Automobilindustrie eine überaus günstige Entwicklung auf, deren glänzende Ergebnisse die des Vorjahr 1911 bei weitem übertreffen. Der Außenhandel gestaltete sich wie folgt:

	A u s f u h r	E i n f u h r
	i n s g e l a n g t	i n s g e s a m t
Jahr	1000 M.	D.-P.
1912	71 500	109 100
1911	48 013	68 929
1910	32 965	45 798

Die Gesamtausfuhr hat sich also im Jahre 1912 um nicht weniger als 23,5 Millionen oder 49 Prozent gesteigert, gegenüber einem — ebenfalls sehr hohen — Zuwachs von 15,0 Millionen oder 47 p.C. im Jahre 1911. In Personenvägen wurden rund 6800 Stück exportiert gegen 5136 in 1911, 3399 in 1910, 1838 in 1909, 1151 in 1908 und 958 in 1907. In fünf Jahren hat sich also die Zahl der an das Ausland verlaufenen Personenvägen fast verdoppelt. An Lastwagen wurden 1912 rund 640 auf fremden Märkten abgegeben; 1911 nur 345, 1910: 225, 1909: 156, 1908: 141 und 1907: 249. Der Wert der ausgeführten Personenvägen macht 86 p.C. des Wertes des Gesamtexports aus. An ihrer Aufnahme beteiligten sich die Hauptabnehmer mit folgenden Mengen (in Doppelzentnern):

	1910	1911	1912
Frankreich	2 420	2 200	2 516
Großbritannien	4 368	5 450	8 100
Österreich-Ungarn	5 748	5 783	8 807
Belgien	2 072	1 174	1 944
Italien	735	1 074	1 860
Spanien	353	327	871
Niederlande	7 211	7 623	13 762
Rumänien	486	787	3 164
Schweiz	766	1 064	1 065
Niederlande	2 346	2 259	4 007
Dänemark	1 512	1 903	2 540
Schweden	508	821	1 862
Niederländisch-Indien	703	1 012	1 500
Argentinien	1 413	2 317	6 393
Brasilien	1 681	2 158	8 082
Vereinigte Staaten	1 185	3 051	604
Mexiko	591	1 147	854
Uebrige Länder	3 575	5 018	7 047

Rußland steht danach unter Deutschlands Kunden weitans an erster Stelle und hat seine Bezüge annähernd verdoppelt. Noch 1907 bezog es an deutschen Personenvägen nicht mehr als 990 Doppelzentner. Außerordentlich günstig hat sich auch die Ausfuhr nach Brasilien und Argentinien gestaltet. Für Großbritannien, Österreich-Ungarn und Rumänien hat sich ebenfalls ein erheblicher Mehrgang ergeben. Demgegenüber steht ein Rückgang im Ausfuhrhandel mit den Vereinigten Staaten und mit Mexiko. Im ganzen genommen bedeutet die Steigerung des Exports um beinahe 50 p.C. einen schlüssigen Beweis dafür, wie in der ganzen Welt das deutsche Fabrikat trotz der mannigfachen läufigen Exportverschwörungen sich immer mehr Eingang verschafft und heute auf das erfolgreichste mit den größten Produktionsländern konkurriert.

Die Zunahme der Gesamteinfuhr am Kraftfahrzeugen im Jahre 1912 stellt sich demnach aus 2,5 Millionen Mark oder 21 p.C., während sich im Vorjahr ein Plus von 1,3 Millionen oder 12 p.C. ergeben hatte. Die Steigerung entfaltete hauptsächlich auf die Personenvägen, von denen rund 1650 Stück aus dem Auslande nach Deutschland kamen, gegen 1244 Stück in 1911, 1229 in 1910, 1214 in 1909, 1225 in 1908 und 1812 in 1907. Ist somit auch der Mittelpunkt fremder Firmen in Deutschland im Berichtsjahr relativ nicht unbedeutlich gestiegen, so steht seine absolute Höhe doch noch hinter der von 1907 zurück — die damals für unsere Industrie zu dem eine viel höhere Bedeutung hatte als heute. Der Lastwagenimport ist um eine knappe Million oder 62 p.C. (im Vorjahr 0,8 Millionen oder 102 Prozent) in die Höhe gegangen. Es handelt sich dabei um rund 210 Stück gegen 134 in 1911, 67 in 1910, 59 in 1909, 46 in 1908 und 44 in 1907.

Weitaus der bedeutendste Einfuhrposten ist demnach der der Personenvägen. An ihrer Versicherung waren die nachstehenden Länder mit folgenden Mengen (in Doppelzentnern ausgedrückt) beteiligt.



	1910	1911	1912
Frankreich	5 300	5 124	5 193
Belgien	2 694	2 229	3 407
Italien	1 020	455	503
Österreich-Ungarn	1 259	1 001	790
Großbritannien	555	833	721
Vereinigte Staaten	879	737	666
Uebrige Länder	312	440	2 681
	202	232	410

Sowohl die Zahlen für 1911 und 1912 als für die ganzen Jahre repräsentativ gelten können, läßt sich sagen, daß die Einfuhr von Personenvägen aus unserem Hauptlieferungslande Frankreich stabil geblieben ist, während sich der Import aus Italien, vor allem aber aus den Vereinigten Staaten, erhöhte. Die übrigen Länder haben einen mehr oder weniger starken Widerstand in Deutschland zu verzeichnen. Im übrigen kann ruhig gesagt werden, daß selbst die relativ unerhebliche Steigerung der Einfuhr wahrscheinlich nicht stattgefunden hätte, wenn die überaus beschäftigte deutsche Industrie teilweise nicht ziemlich weitgehende Lieferfristen sich hätte ausdecken müssen. Das war für manchen Käufer sicherlich oft allein der Beweggrund, eine ausländische Marke zu wählen.

Die Bestandszählungen sind für die Industrie nach den verschiedensten Richtungen hin von außerordent-

liche Verunglimpfung habe durch ihre unüberlegten Fluchtversuche selber ihren Tod verschuldet, er selbst sei nur mit der höchst mäßigen Geschwindigkeit von zehn Stundenkilometern gefahren. Angegenüber hat das Gericht festgestellt, daß Davids durch schnelles und unvorsichtige Fahren den Unfall verursacht hat. Wenn er hier mit der für lebhaft freudigerteten Strafe vorgeschriebenen Maritimafahrtwindelit von fünfzehn Stundenkilometern gefahren wäre, so würde er den Wagen noch zur rechten Zeit haben zum Stehen bringen können. Daß er aber tatsächlich zu schnell gefahren ist, beweist der lange Bremsweg des Autos. Nach § 18 der Bundesstraßenverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 wird ihm ein vorichtiges Verhalten auf verkehrsreichen Straßen zur ausdrücklichen Pflicht gemacht. Er hätte daher, als er wahrnahm, daß die Leute wegen des Eisenbahnjuges seine Signale überhörten, sofort ein vorichtiges Tempo eingeslagen sollen. So aber mußte er sich sagen, daß er durch sein Verhalten den Tod eines Menschen verursachen konnte. Weshalb erschien die Fahrlässigkeit augendicht festgestellt. Gegen seine Verurteilung verfolgte Davids Revision mit materiellem Beschwerde beim Reichsgericht. Der höchste Gerichtshof hat indessen, da sich im erlaubnungslosen Urteil ein Irrtum in der Anwendung des Strafgesetzes nicht finden ließ, daß Rechtsmittel gemäß dem Antrage des Reichsanwalts als unbegründet verworfen und somit das Urteil des Landgerichts Coblenz bestätigt.

Dresden. Kürzlich stand hier eine von über hundert Kollegen besuchte Versammlung der Privatchauffeure statt. Ein Berliner Kollege sprach über: "Was schädigt die Interessen und das Ansehen des Chauffeurstandes und wodurch kann diesen Schaden wirksam entgegengewirkt werden?" Trotz der furchtblichen Enge und Hölle im Saale wurden die interessanten Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gehört und durch lebhafte Beifallsstundgebungen unterstrichen. Nur kurz sei folgendes aus den Ausführungen hervorgehoben: Am Anfang des Entwicklung des Kraftwagens war der Chauffeur eine maßgebende Person. Die Autobesitzer veränderten in der Regel nicht viel vom Kraftwagen. Insie dieses Zustandes hatte der Chauffeur einen weisenden Einfluß auf seine Bezahlung und auch Behandlung. Im Laufe der Zeit ist es anders geworden. Diese lästige Abhängigkeit von dem Chauffeur haben die Herren Autobesitzer abgeschafft, indem sie selbst die Herstellung und Führung des Kraftwagens erlernten und in ihren Organisationen sich gegenständig bleibten. Die Gründung von Automobilclubs erfolgte. Die Tätigkeit erstreckte sich keineswegs, wie heute noch viele Privatchauffeure annehmen, oft in auf den Sport und Regelung des Automobilverkehrs, sondern beschäftigte sich sehr eingehend mit der wirtschaftlichen Stellung der Chauffeure; selbstverständlich im Sinne der Autobesitzer. So arbeiteten die Besitzerorganisationen Dienstverträge nach ihrem Gutdünken aus, die von den einzelnen Chefs oft noch ganz rigoros erweitert werden und denen sich der größte Teil der Privatchauffeure fügt und dieselben unterschreibt. Es kostet oftmals schwere Mühe, um dem Privatmann nachzuweisen, daß sein Auto gewerblich dient. Im Laufe der Zeit ist es anders geworden. Diese lästige Abhängigkeit von dem Chauffeur haben die Herren Autobesitzer abgeschafft, indem sie selbst die Herstellung und Führung des Kraftwagens erlernten und in ihren Organisationen sich gegenständig blieben. Die meisten Kollegen unterlagen es oft aus sehr bekannten Gründen, bei Forderungen aus dem Dienstberthaltnis das Gewerbeerrecht in Anspruch nehmen kann. Die meisten Kollegen unterlagen es oft aus sehr bekannten Gründen, bei Forderungen aus dem Dienstberthaltnis gegen ihren Dienstherrn die ordentlichen Gerichte einzurufen. Die Privatchauffeure Deutschlands, Mittel im Deutschen Tr. A. B. haben bereits im Jahre 1908 ihre Wünsche und Forderungen in einer Resolution niedergelegt und dem Reichstag unterbreitet, worin sie eine durchgreifende Regelung des Kraftwagenverkehrs und der Arbeitsverhältnisse forderten. Ferner verlangen wir die Errichtung von staatlichen Fahrschulen. Nur auf dieser Grundlage kann eine sachgemäße Ausbildung garantiert werden. Was in den Privatschulen auf diesem Gebiete geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Leider geht es noch sehr viele, die es nur auf das Lehrbuch der Lernenden abgesehen haben, und bisher es noch nicht gelungen, auch dies das Handwerk zu legen. Redner bespricht die Praxis mehrerer bekannter Schulen. Zum großen Teil sind all diese unhalbaren Zustände durch die Chauffeure selbst verschuldet, indem sie es an der nötigen Einigkeit fehlen lassen und in allerhand "Vereinen" ihre Kräfte zusammenschließen. Die Gründungen gehen in der Regel von Leuten aus, die mit dem Chauffeurberuf nichts gemein haben und für die nur ganz andere, sehr durchsichtige Gründe zur Schaffung solcher Vereine maßgebend sind. Redner bespricht hierbei eingehend die einzelnen Vereine und die Mittel, mit denen man versucht, die Mitglieder in den Vereinen festzuhalten. Wer alle diese Mittel kennt und weiß, wie sehr sie angewandt sind die Interessen und das Ansehen des Chauffeurstandes zu

schützen. Sie lassen erkennen, in welchem Maße der Kreislauf Deutschlands von der eigenen und fremden Industrie gedeckt ist, indem man von der Vermehrung des Bestandes einfach die betreffenden Einfuhrziffern in Abzug bringt. Sie geben der Produktion ferner einen fabrikatorischen Anhalt, welche Typen und Stärken bevorzugt werden, und schließlich gibt sie Kenntnis der Verbreitung der Fahrzeuge in den einzelnen Landesteilen wertvolle Anregungen für die Maßnahmen des Absatzes.

Auf dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad in der Automobilindustrie ist zu erwarten, daß der Aufschwung auch im laufenden Jahre anhalten wird.

Der unvorsichtige Kraftwagenführer. (Urteil des Reichsgerichts vom 10. März 1913.) Vom 2. an 1. d. gerichtl. Coblenz ist am 7. November 1912 der Kraftwagenführer Johann David wegen fahrlässiger Tötung (§ 222, Abs. 1 und 2 StGB) zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt worden. Davids fuhr am 30. Juli 1912 seinen Arbeitgeber Sr. in dessen Privatautomobil von Capellen nach Coblenz. Auf der Straße, neben weiteren sich die Gleise der Eisenbahn entlang ziehen, herzte meist lebhafter Verkehr, ferner ist die Straße infolge einer Biegung wenig übersichtlich. Trotzdem aber fuhr David mit ziemlicher Geschwindigkeit und suchte durch häufige Halbsignale die Fußgänger zu warnen. Ebenfalls in der Richtung nach Coblenz gingen zwei Frauen mit ihren Kindern, welche einen kleinen Holzwagen zogen. Wegen des starken Getönes eines vorüberschreitenden Juges überhörten sie die Signale des hinter ihnen daherkommenden Automobils und gerieten, als es plötzlich unmittelbar hinter ihrem Rücken heranbrauste, in große Angst und Verwirrung. Während es aber den übrigen noch gelang, sich zu retten, wurde die kleine Erna S. überfahren und geschockt. An ihren Verletzungen ist sie noch am gleichen Abend gestorben. Davids machte zu seiner Verteidigung gelend, die Leute seien auf der falschen Seite gegangen,

schädigen, der muß mit aller Schärfe gegen diese Ver einsgründet und ihre Bestrebungen anstupsen. Und dies hat allerdings unser Organ, der "Courier", getan. Dies paßt natürlich den Regisseuren nicht und da sie nichts Sachliches gegen den "Courier" vorbringen können, jammern sie über den "schlechten Ton" und unsere Kampfsmethoden. Wer es ernst meint mit der Hebung des Chauffeurstandes kann diesen Drahtziehern nicht folgen und seine Kräfte in den Dienst der Zersetzung und Beeinträchtigung der Macht der Chauffeure nicht stellen. Nur in der Einheit, in einer großen Organisation, wo alle Erwerbstätigen des Verkehrs vereinigt sind, können die Interessen der Privatchauffeure gewahrt werden. Und das ist die Sektion der Vereinigten Privatchauffeure im D. T. V. Lebhafte Beifall folgte den Ausführungen. Die hierauf folgende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft und interessant. Insbesondere beteiligten sich hieran die Vorstandsmitglieder des 1. Sächs. Chauffeur-Vereins, Dresden. Herr Schirmeister führte aus: Der Transportarbeiter-Verband habe zweifellos in der Vertretung der Interessen der Geschäfts- und Droschkenchauffeure Großes geleistet, aber für die Privatchauffeure habe er wenig getan. Im Gegenteil. Bei dem Kampf, den sie gegen die Chauffeure führt haben, sind sie nicht unterstützt, sondern verhöhnt und als Gelbe bezeichnet worden. Auch die Sprache und Kämpfermuth des Transportarbeiter-Verbandes sei nicht geeignet, die Privatchauffeure, welche den Vereinen angehören, dem Verband näher zu bringen. Die Interessen der Privatchauffeure liegen eben auf einem anderen Gebiete. (Auf welchem, hat er nicht gesagt. D. T. V.) Herr Wolf und Herr Höhner wandten sich dagegen, daß sie mit den Gelben und dem Kraftwagenführerbund identifiziert werden. Sie abonnieren nur das Blatt, und auch dies sei am läufigen gefehlt. Herr Stare gab eine unwillige aber treisende Charakteristik vieler Vereinsmitglieder, indem er bewiesen wollte, daß die freien Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter nicht vertreten können. Er meinte: Auch er sei 14 Jahre lang ein grünes Blatt am Baum des Metallarbeiter-Verbandes gewesen. Zum sei aber einmal Umzugunterstützung nicht gewährt worden, da sei das Blatt, also er, "gelb" geworden, verweilt und abgefallen, und sei in den Verein eingetreten. Der Referent ging in sachlicher und humorvoller Weise auf die einzelnen Ausführungen ein und widerlegte, gestützt auf Material die Einwände der Redner. Herr Schirmeister ersuchte noch die übrigen Anwesenden, sich ebenfalls zu äußern. Dies geschah auch prompt, indem ein Vereinsmitglied erklärte: Nachdem wir nun beide Seiten gehört haben, kommt man doch zu der Überzeugung, daß es schon besser und richtig ist, wenn sich die Kollegen samt und sonders der Sektion Vereinigte Privatchauffeure im Transportarbeiter-Verband anschließen. Herr Stare versuchte noch darzutun, daß die Lehrlingszulassung in der Auto- und Industrie, wo doch nur organisierte Chauffeure beschäftigt sind, es beweise, daß der Transportarbeiter-Verband nicht scharf genug gegen die Lehrlingsausbildung vorgehe. Einige anwesende Droschken-Chauffeure wiesen den unberechtigten Vorwurf energisch zurück und stellten fest, daß sie und auch die Verbandsleitung mit Erfolg die übermäßige Lohnzulassung bekämpft haben. Der Referent ermahnte, sich nicht in Kleinheiten zu verlieren und den Vertrag einzuhalten, sondern die großen Aufgaben, die uns bevorstehen im Auge zu behalten und Vorsorge zu treffen, damit wir im gegebenen Moment gerüstet sind. Wo es sich um die Belebung von Wirtschaft handelt, ist ein schweres Wort am Platze. Auch diejenigen, die heute noch im Banne der Selm usw. sich befinden, werden sehr bald einsehen lernen, daß ihr Platz nur an der Seite der organisierten Chauffeure sein kann. Je eher dies geschieht, desto besser für den Chauffeurstand und umso nachdrücklicher werden wir die Interessen auch der Privatchauffeure vertreten können. Mit der Auflösung, die Konvergenzen aus dem Gefahren zu ziehen und die Mittel höchst zu erwerben, schloß der Vorsitzende die Verammlung. Mit dem Ergebnis der ersten öffentlichen Privatchauffeur-Verammlung kann die Sektionsleitung aufheben sein.

Leipzig. Die zürthige Sektionsleitung der Chauffeure veröffentlichte in der Tagesspreche folgenden Aufruf an die Straßenpassanten. Die Chauffeure haben zweifellos einen verantwortungsvollen Beruf im Großstadtbetrieb, der gerade in der heutigen Zeit immer bedrohlicher wird. Mit dem Beginn des Frühjahrs vermehrten sich die Automobilfahrzeuge von Tag zu Tag. Alle Wagen, die in den Wintermonaten still auslaufen würden, erscheinen im Verkehr; neue Fahrzeuge aller Art und verschiedener Systeme werden täglich in den Betrieb eingestellt. In die Leistungsfähigkeit der Kraftwagenführer werden immer höhere Ansprüche gestellt. Für die Straßenfahrenden steht die Ausübung des Chauffeurstandes nicht schwer aus, und die Öffentlichkeit ist bestrebt, fast immer die Schuld an Unfallsfällen dem Kraftwagenführer zu übertragen, trotzdem diese alles aufwenden, um mit sicherer Hand und scharfem Blick ihre Fahrzeuge durch das Straßenvergnügen zu lenken. Auch für die Fußgänger ist es wichtig, durch Einhaltung noch ehrlicher Regeln zur Hebung der Sicherheit im Verkehr mit beizutragen:

1. Geh in den Straßen einer Großstadt nie gehaltenlos, sondern achte stets auf den Verkehr.
2. Benutze, wenn es irgend geht, nur den Fußweg und auch nur die rechte Seite desselben.
3. Geh nie ohne zwingenden Grund auf dem Straßendamm, denn dieser ist in erster Linie für den Fahrverkehr bestimmt.
4. Überstreite die Fahrrastrasse nur dann, wenn es notwendig ist, wenn möglich nur an Straßenkreuzungen, und auch hier nur in gerader Richtung.
5. Willst Du gezwungen, vor einem nahenden Fahrzeuge die Straße zu kreuzen, so tritt niemals

zurück, denn der nahende Fahrer rechnet nur mit Deinem Vorwärtsgehen.

6. Beteilige dich den Fahrer, Führer oder Lenker eines Fahrzeuges, denn er ist Mensch mit Gefühl, so gut wie Du.
7. Präge alle diese Punkte Deinen Angehörigen ein und sorge dafür, daß sie danach handeln, dann werden Deine Kinder im Großstadtbetrieb niemals Schaden erleiden und werden außerdem später Fußgänger, die zur Sicherheit des Verkehrs beitragen.

der Pusser sich gut entwickelt. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung wurde das unerlässliche Überstundenwesen bei der Firma Schröder beprochen. Hier müssen die Kollegen ohne jede Bezahlung Überstunden leisten. Oft kommt es vor, daß die Kollegen um 6 Uhr Feierabend haben und dann von 8 Uhr einen Sonntagsdienst besorgen müssen. Da die Schaffenskosten ausgeräumt werden wird, es ist 9 Uhr und wenn die Arbeit fertig ist, ist es bereits 10 Uhr. Ein Teil der Kollegen hat es abgelehnt, ohne Bezahlung diese Überarbeit zu leisten, leider kann sich immer dieser oder jener Kollege bereit, die Arbeit zu verrichten. In der Versammlung wurde das Verhalten der Kollegen kritisiert und beschlossen, daß künftig nur solche Überstunden zu leisten sind, die von den Institutiobenhörern angewiesen und bezahlt werden. Die Vertrauensleute in den einzelnen Geschäften sind verpflichtet, darüber zu machen, daß dieser Beschluß eingehalten wird. Jeder Vertrag, den der Versammlungsbeschluß ist der Organisationsleitung mitgeteilt. Hauptsächlich tragen alle Kollegen dazu bei, daß der Beschluß auch in die Tat umgesetzt wird. Die Unternehmer tun ja auch nichts umsonst.

Auf eins sei hier noch besonders hingewiesen. Der Unternehmer Schröder scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Kollegen unter einander zu verheben. Kommt er bei dem einen, so erzählt er ihm etwas über den anderen und so fort. Auch verbreicht er jedem Pusser, der etwas für arbeiten kann, daß er bei ihm vorarbeiten werden soll. So hat er in der letzten Zeit drei Kollegen dieses versprochen. Dadurch glaubt Herr Schröder seinen Zweck, Einigkeit unter die Pusser zu bringen, zu erreichen. Die Kollegen haben aber eingesehen, welchen Zweck Schröder verfolgt und werden zukünftig auf seine Verprachungen nichts mehr geben. Damit werden sie aber die Einigkeit unter sich herstellen und durch die Einigkeit wird es möglich sein, geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fensterputzgewerbe am Ort zu schaffen. Also nochmals, Kollegen! Seid einig, dann werdet ihr stark sein.

Darburg. Die Ortsverwaltung reichte am 24. Februar eine Lohnforderung der Kollegen Fensterputzer an die Arbeitgeber ein. Gefordert wurde für geübte Pusser ein Anfangslohn von 27 Mt. vierjährlich um 1 Mt. steigend, bis zum Höchstlohn von 81 Mt. Für Anfänger sollte ein Anfangslohn von 19 Mt. steigend alle 2 Monate um 1 Mt. bis zu 27 Mt. pro Stunde bezahlt werden. Alsdann sollte die Steigerung, wie für die geübten Pusser vorgesehen, eintreten. Außerdem wurde für Überstunden 60 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 1 Mt. pro Stunde gefordert. Besonders lebensgefährliche Arbeiten sollten mit 1 Mt. pro Stunde bezahlt werden. Außer diesen Forderungen wurden noch einige allgemeine Bestimmungen ausgeführt und eine tarifliche Leistungsgrenze gesetzt.

Bei den geplanten Verhandlungen wurde ein Anfangslohn von 27 Mt. für geübte Pusser zugestanden. Derselbe soll halbjährlich um 1 Mt. steigen, bis zum Höchstlohn von 80 Mt. Die Überstunden werden in Zukunft mit 60 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 1 Mt. pro Stunde berechnet. Für Anfänger sollten sich die Arbeitgeber jedoch nicht festlegen, da die individuelle Veranlagung verschieden ist. Es wurde festgestellt, daß ein Anfänger nach einer siebenmonatlichen Tätigkeit bereits 27 Mt. Wochenlohn erhielt. Im Interesse der Kollegen war es deshalb geboten, diese Position offen zu lassen. Die Vereinbarungen sollen in Form einer Arbeitsordnung in den Betrieben angeschlagen werden.

Die Kollegen erklärt sich mit dem erreichten einverstanden und haben aus dieser Lohnbewegung die Lehre gezogen, treu und seit zu der Organisation zu halten. Durch die Vereinbarungen sind in der Fensterreinigungsbranche am Ort gerechte Verhältnisse geschaffen. Bisher waren die Löhne ganz in das Gewissen der Arbeitgeber gestellt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitgeber, welche sich sonst aus Konkurrenzgründen aus dem Wege gehen, bei einer Lohnbewegung sehr schnell zusammenfinden. Es ist dieses weiter kein Wunder, werden dabei doch ihre vitalsten Interessen der Geldsack, getroffen.

Für die Kollegen ist es deshalb ratsam, nicht nur bei Lohnbewegungen sich der Organisation zu erkennen, sondern auch wie vor eifige Mitglieder und Agitatoren für den Transportarbeiterverband zu sein.

München. Am 1. März tagte die Sektionsversammlung der Fensterreiniger. Vor Eintritt in die Tagessordnung eröffnete die Versammlung das Abendtheater der verstorbenen Kollegen Heinrich Rabenau, Anton Dirl und Franz Hermann in üblicher Weise. Nachdem der Schriftführer das Pro-Odeon verlesen hatte, ergriff Kollege Rosenthal das Wort zu seinem Vortrag über "Bauarbeiterkampf". In eingehender Weise erinnerte Redner vor den Kollegen ein Bild über die jetzigen Unfallverhütungsvorrichtungen im Bauwesen und darüber, wie viele Unfälle täglich trotzdem vorkommen. Der Referent führte aus, daß weniger der Alkohol der schuldige Teil sei an den großen Unfallziffern, wie es von dem Unternehmer vorgedacht werde, sondern zumeist die intensive Arbeit, sowie die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften, da das Gesetz mit ganz geringen Strafen gegen die Unternehmer vorgeht. Welt im Fensterreinigungsgebiet trocknet der halbsechzigjährigen und gehandicaptischen Arbeiten weder die Polizei noch Bauarbeiteraufsichtsbeamte einschreiten, verstanden es unsere Unternehmer vorsätzlich, das Leben sowie die Gesundheit ihrer Arbeiter in einer Art und Weise aus Spiel zu leben, die nahe an Verbrechen grenzt. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag knüpft sich eine lebhafte Diskussion, aus der zu ersehen war, daß die Kollegen gesonnen sind, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß auch in unserem Gewerbe menschenwürdige Vorschriften geschaffen werden, unter denen es möglich ist, unsere Arbeit zu verrichten, ohne dabei Leben und Gesundheit zu gefährden. In seinem Schlusswort besprach der Redner noch

Droschkenführer

Was sich ein Schuhmann herausnimmt. Zum Sommer 1912 wurde der Droschkenfischer vom Schuhmann Henzel zur Anzeige gebracht, weil er auf dem freien Platz vor dem Hauptbahnhofe Gäste aufgenommen haben soll, was nach der Eisenbahnbetriebs- und Droschkenordnung den Kutschern untersagt ist. Schöfengerecht auf seinen Einspruch bestätigte. Damit beruhigte sich Böhni nicht, sondern legte Berufung ein, mit der sich die Freiburger vierter Strafammer seinerzeit beschäftigte. Als Entlastungszeug des Angeklagten trat der Droschkenfischer Otto Stod auf, dessen ehrliche Aussage in schrofem Widerprtuch zu der des Schuhmanns stand. Als Stod seine Aussage beendigt hatte, erhob sich der Schuhmann Henzel plötzlich und sagte im Gerichtssaal: "Der Zeuge hat einen Meineid geschworen". Dieser unehrbare Vermerk gab dem Vorstand der Strafammer, Landgerichtsamt Freiburg, Anlaß, dem Schuhmann eine Rüge zu erteilen. Das Berufungsgericht hat auf das Begegnis des Kutschers Stod offenbar nicht viel Wert gelegt, denn die Berufung des Angeklagten blieb ohne Erfolg. Einige Zeit nach dieser Verhandlung sprach der Schuhmann Henzel eines Tages über die Sache mit dem Droschkenfischer Teubert. Vor Teubert äußerte Henzel, der Kutscher Stod, der Entlastungszeuge Bodms, habe vor der Strafammer einen Meinied geschworen. Dazu fügte der Schuhmann noch die Worte: "Ich will daran nicht weiter rübben, sonst würde es riechen." Durch Teubert belastete Stod von der übler Nachrede des Schuhmanns Kenntnis, der sich bewußt war, nach bestem Wissen vor der Strafammer ausgesagt zu haben, stellte gegen den Schuhmann wegen Bekleidung Strafantrag. Dieser Strafantrag bezog sich auch auf die im Gerichtssaal gefallene und auch vom Vorstand gegebene Rechtfertigung. Die Staatsanwaltschaft hatte es aber nicht so eilig damit den Schuhmann unter Anklage zu stellen. Sie leitete vielmehr gegen den Antragsteller Stod zunächst ein Ermittlungsverfahren wegen Meineides ein. Dieses Ermittlungsverfahren zog sich monatelang hin und mußte schließlich eingestellt werden, weil sich der Verdacht des Meineides nicht im mindesten bestätigte. Nummehr wurde der verunglimpft Kutscher vor der Anklagebehörde auf den Privatweg verwiesen, weil angeblich "ein öffentlicher Interesse" an der Strafverfolgung des Schuhmanns vorlag. Am Dienstag stand der Schuhmann Henzel als Angeklagter vor dem Schöfengerecht. Dieses zeigte sich in der Beurteilung der Bekleidungen sehr milde. Besonders der im Gerichtssaal gefallene Bekleidung erlangte es auf Kreisprachung unter Jubiläum des Schutes des § 193 N. St. G. (Wahrung berechtigter Interessen). Für die auf der Straße geäußerte Bekleidung dem Droschkenfischer Teubert gegenüber wurde der Schuhmann Henzel mit sage und schreibe — zehn Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis belegt.

Fensterputzer

Duisburg. Seit Jahren sah es hier unter den Fensterputzern bezüglich der Organisationszugehörigkeit gleich aus. Die Kollegen ließen sich zu ihrem eigenen Schaden von den Unternehmern und deren Lieblingen am Gangelsbande führen. In der sicherer Annahme, daß sich die Pusser alles gefallen ließen, schlossen die beiden größten Unternehmer einen Gelegenheitsvertrag ab, nach dem leiner von ihnen einen Pusser vor Ablauf eines Vierteljahres in Stellung nehmen darf, der vorher bei einem der beiden beschäftigt war. Da man sich aber nicht traute, wurde eine Konkurrenztrahve von 50 Mt. für jeden einzelnen Fall festgesetzt. Hierunter haben besonders die zugereisten Kollegen zu leiden, weil unter ihnen sich in der Mehrzahl Verbandsmitglieder befinden, die sich das nicht bieten lassen, was die Herren gewohnt sind ihren Pussern zu bieten. Der Unternehmer Schmid glaubte noch ein weiteres um zu müssen, indem er dafür sorgte, daß die bei ihm tätigen Pusser auch fleißig zur Kirche und zur Beichte gehen, wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß diejenigen Pusser, die für alle Tribut des Lebens ihren Trost in der Kirche suchen, die brauchen sind und sich am willigen ausbauen lassen. In der letzten Zeit ist nun ein Wandel eingetreten, indem ein Teil der Kollegen erkannte, daß trotz allen Belegs doch keine andere Hilfe für sie als die gewerkschaftliche Organisation da ist und aus dieser Erkenntnis heraus Mitglied im Verband wurden. Und so können wir heute konstatieren, daß die Sektion

eingehend unsere Forderungen, die wir auf der vierten Bauarbeiter-Schuttkonferenz aufgestellt haben und äußerte den Wunsch, die Kollegen möchten beim Materialsammeln bestmöglich sein, um dasselbe, wenn der Hauptvorstand es einfordert, einwandfrei abliefern zu können. Weiter richtete er an die Kollegen den Appell, von der Einrichtung des photographischen Apparates, den die Münchener Bauarbeiter-Schuttkommission besitzt, bei gefährlichen Arbeiten regen Gebrauch zu machen, ferner den für uns Fensterreiniger so nothwendigen Schutz nicht außer acht zu lassen. Er sprach auch die Notwendigkeit des Anschlusses der Kollegen aus den verschiedenen Städten Deutschlands an die örtlichen Bauarbeiter-Schuttkommissionen, da dadurch eine schnellere geheime Regelung zu erwarten sei. Die Verfassmitten beschlossen folgende Resolution:

"Die am 1. März 1913 tagende Versammlung der Fensterreiniger beschließt, die Bauarbeiter-Schuttkommission möge dafür eintreten, daß bei den Beratungen der Unfallverhütungs-Vorstände aus der Branche der Fensterreiniger fachkundige Leute herangezogen werden, die die aus der vierten Bauarbeiter-Schuttkonferenz zur Annahme gebrachten Forderungen wissam vertreten können."

Dann wurde über den Arbeitsnachweis und die schwarzen Listen, welche die Arbeitgeber führen, lebhaft diskutiert. Auch hier war die Versammlung der Ansicht, daß energisch eingriffen werden müsse. Mit der Aufrückerung an die Kollegen, fest und treu zur Organisation zu halten, schloß der Sektionsführer hierauf die imposante Versammlung.



Handelsarbeiter

Leipzig. Rüstliche Elemente für die Unternehmer. Die Firma Karl Fr. Fleischer, Buchhandlung, Salomonstr. 16 (Inh.: Kommerzienrat Otto Raumhardt), hat reiches Buch mit ihren Arbeitswilligen. Schon während des Kampfes im Buchhandel mußte bei dieser Firma ein Arbeitswilliger den man schon lange stellvertretlich gesucht hatte und der nicht gefunden werden konnte, trocken er täglich von der Polizei beschüßt wurde, aus diesem Betriebe hinter Schloss und Riegel gebracht werden. Auch jetzt ist diese Firma wieder eine Erfahrung reicher, dabei jedoch auch einen ansehnlichen Geldbetrag los geworden. Ein Arbeitswilliger, der mit beim Einholen der Patele beschüßt wurde und dem man sonst immer nur 1,50 Mt. Geld anvertraute, hat sich am Montag noch einmal ordentlich vorgeschenkt und 270 Mt. verlangt, was es auch anstanslos erhielt. Er hat aber damit das Wiederkommen vergeben. Am Dienstag wurde von einem Schuhmann die Mitteilung gemacht, daß in der Brandenburger Straße ein Wagen der Firma stande. Er war vor dem betreffenden Arbeitswilligen dort stehengeblieben, als er sich mit dem Gedanke verduftete: "Treue Seele!"

Die Firma Louis Raumann, Buchhandlung, Leubnitzerstraße 16 gehört ebenfalls mit zu denjenigen Firmen, die sich an der Aussperrung im Buchhandel beteiligen. Nach Beendigung des Kampfes stellte sie niemand von ihrem alten Personal wieder ein, sondern versuchte, ihren Betrieb mit recht zweifelhaften Arbeitswilligen aufrecht zu erhalten. Hier waren es ebenfalls mehrere Buchhandlungsbüros, die in der Leistung von Martharbeit mit dazu beitragen, der Firma aus der Patzche zu helfen. Unter diesen, die sich dabei besonders hervortaten, befindet sich auch der Schreiber Schmidt, der nun ein recht unähnliches Ende bei dieser Firma gefunden hat. Dieser rüstliche Mensch für die Firma Raumann hatte einen Fehler, daß er den Unternehmer zwischen Mein und Dein schwer unterscheiden konnte und eine Veruntreuung der ihm anvertrauten Portoforder beginnt, so daß sich die Behörde seiner annehmen mußte und er deshalb am Sonnabend direkt "vom Betrieb weg" von der Polizei abgeholt wurde. Bei dieser Veruntreuung sollen ganz beträchtliche Summen in Betracht kommen, wobei auch einige der Herren Arbeitswilligen mit daran beteiligt sind.

Das sind die Rausreißer im Leipziger Buchhandel. Als die Arbeiter, die es

würlich verdient hatten, ein paar Pfennige Lohn mehr verlangten, da erklärten die Unternehmer, das könne der Buchhandel nicht mehr tragen und waren deshalb die Arbeiter brutal auf das Straßenplätzchen. Anstatt sich mit ihrem alten geschulten und eingekleideten Personal zu einigen, lassen sie sich lieber von solchen Elementen bestechen und werfen so Hunderte und Tausende Mark von Geld hinaus. Das ist die heutige Unternehmernorm.

Leipzig. Die Einfässer und Kassenboten der Abzählungs- und Nähmaschinen-Geschäfte hielten am 11. März eine wichtige Versammlung mit der Tagesordnung ab: "Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung der Sonntagsruhe?" Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst mitgeteilt, daß in einer früheren Versammlung eine Sektion zu dem Zweck gegründet wurde, die Agitation unter den Betriebskollegen besser zu betreiben, andererseits sollen in den Sektionsversammlungen die speziellen Berufssachen ihre Erledigung finden. Die gehärtete Sektionsleitung hat sich bereits mit verschiedenen Berufssachen beschäftigt und hielt es für angebracht, zur Frage der Sonntagsruhe Stellung zu nehmen. Der Referent führte zu diesem Punkt aus: Das Verlangen nach vollständiger Sonntagsruhe ist nicht neu, schon der allgemeine Kongress der Handelsarbeiter, der im Jahre 1906 in Berlin tagte, hat in einer angenommenen Resolution die Fortsetzung erhoben: Vollständige Sonntagsruhe für alle Kaufmännischen Betriebe. In gleicher Weise hat sich auch die erste Konferenz der Einfässer und Kassenboten im Jahre 1910 ausgesprochen; auch hier wurde verlangt, vollständige Sonntagsruhe beginnen. Unterlegung einer legalen Aquisitionstatigkeit an den Sonntagsfeiertagen. Trotz diesem Verlangen ist an den alten Zuständen so gut wie nichts geändert, sondern es muß auch heute noch in fast allen Städten Sonntags tüchtig gearbeitet werden. In einer Reihe von Städten ist ja nun die Frage der Sonntagsruhe durch Ortsgesetz geregelt, so daß die Beschränkung der Sonntagsarbeit eingetreten ist, die aber vielfach auch nur auf dem Papier steht, indem die gesetzlichen Bestimmungen fortgesetzt von den Unternehmern übertragen und die behördlichen Kontrollen nach dieser Richtung hin recht mangelhaft sind. Auch für Leipzig besteht ein Ortsgesetz, wo die Frage der Sonntagsruhe für die im Handelsgewerbe Beschäftigten eine Regelung gefunden hat. Diese Sonntagsruhebestimmungen sind aber nicht anwendbar auf die in Abzählungs- und Nähmaschinen-Geschäften tätigen Einfässer und Kassenboten, was auch das Gewerbeamt der Stadt Leipzig auf telephonische Anfrage uns bestätigte. Mithin können diese Berufsangehörigen jeden Sonntag ohne Einschränkung beschäftigt werden. Ein freier Tag in der Woche wird den Kollegen ebenfalls nicht gewahrt. Erst seitdem die Organisation unter den Einfässer und Kassenboten Fuß gefaßt hat und die Frage der Sonntagsruhe ins Rollen gekommen ist, haben einige Unternehmen den Arbeitern einen freien Tag in der Woche zugesprochen. Da nun die Herbeiführung der Sonntagsruhe nicht so schnell erreicht sein wird, so empfiehlt die Sektionsleitung, daß in allen Geschäften, wo das Organisationsverständnis ein günstiges ist, an die Unternehmer mit der Forderung herangetreten wird: Gewährung eines freien Tages in der Woche. Nach einer längeren Diskussion, in welcher verschiedene Ansichten zum Ausdruck gebracht wurden, erfolgte die einstimmige Annahme des Antrages der Sektionsleitung. Um ein Gewerkschaftliches forderten verschiedene Redner außerordentlich die organisierte Arbeiterschaft zu appellieren, damit die Einfässer und Kassenboten aus allen Geschäften darüber als es bisher geschehen ist, auf ihre Gewerkschaftsangehörigkeit kontrolliert werden. Bei der Firma Singer Co. Nähmaschinen A. G., Hauptgeschäft Augustusplatz, wird das Aktionatsrecht der Arbeiter mit Füßen getreten. Vor kurzem haben in der Arbeiterpreß bereits darauf hingewiesen, daß ein Einfässer ohne jeden Grund entlassen worden ist und das Vermögen der Gewerkschaften, auch die der Schneider, in brüderlicher Weise abgelehnt wurden. Nunmehr haben wiederum drei organisierte Einfässer ihre Kündigung erhalten und die Filialleiterin der Firma Roed u. Richter, die selbst als Angestellte der Firma sind, haben offen ausgeprochen, daß sie dafür sorgen werden, daß sämtliche organisierte Einfässer entlassen werden. Das Verhalten dieser Firma, deren Kundenschaft zum größten Teil aus organisierten Arbeitern zusammengesetzt ist, erfuhr die schärfste Kritik, gleichzeitig wurde die Verbandsleitung erfuhr, Schritte einzuleiten, die das Gebaren der Firma in der breiten Öffentlichkeit bekannt werden lassen. Sobald die organisierte Arbeiterschaft auf den Raum von Saarbrücken der Firma Singer Co. verzichten würde,

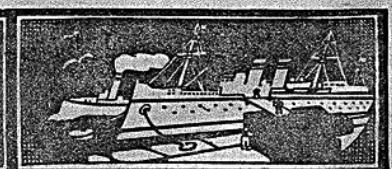
dürfte der Beweis dafür erbracht werden, daß durch das brutale Vorgehen der Herren Roed und Richter der Firma Singer Co. ein recht schlechter Dienst erwiesen worden ist. Mit der Aufrückerung, die Arbeiterpreß zu abonnieren, erfolgte Schlüß der Versammlung.

Die Leipziger Wach- und Schließgesellschaft. Die Wach- und Schließgesellschaft sind Institute, die sich zum Teil in den Dienst der öffentlichen Sicherheit stellen. Hunderte und Tausende von Firmen und Privatpersonen übertragen der Gesellschaft die Bewachung von Grundstücken, Fabriken, Kontoren usw. während der Nacht, sie übergeben der Gesellschaft zu den Räumen, die bewacht werden sollen, Schlüssel, so daß die Wächter überall ungehindert Zutritt haben. Der Gesellschaft wird also großes Vertrauen entgegengebracht. Die Gesellschaft hätte demnach alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß dieses Vertrauen auch nicht im geringsten erschüttert wird. Vor allem müßte die Gesellschaft ihr Verhältnis zu ihren Angestellten so gestalten, daß Klagen über nicht angemessene Bezahlung, schlechte Bezahlung usw. nicht an die Öffentlichkeit dringen. Nun hat sich aber in der letzten Zeit das Gewerbeamt mehrfach mit solchen Klagen der Angestellten gegen die Wach- und Schließgesellschaft beschäftigen müssen. Dabei zeigte sich, daß der Lohn der Wächter ein sehr minimaler ist. So war z. B. der Wächter Sch. mit ganzen 90 Mt. Monatslohn bei der Gesellschaft beschäftigt. Von dem Lohnen wurden ihm noch monatlich 5 oder 10 Mt. als Sicherheitsleistung zurückbehalten. Im Februar wurde Sch. entlassen, angeblich weil er seinen Dienst nicht zufriedenstellend verrichtet habe. Dabei behauptet der Wächter, daß er in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht das ihm zugewiesene Revier zu bearbeiten konnte, wie es die Instruktion verlangte. Doch soll uns desse beute nicht näher beschäftigen. Bei seiner Entlassung wurde von Sch. verlangt, daß er einen Schein unterschreibe, auf dem zu lesen stand, daß er seinerzeit Ansprüche mehr an die Gesellschaft habe. Dann erst sollte ihm der Restlohnbetrag von über 20 Mt. ausgeschüttigt werden. Natürlich weigerte sich Sch. eine solche Unterschrift zu leisten, weil die Gesellschaft ja noch 35 Mt. Ration innebehaupten hatte. Vor dem Gewerbeamt mußte sich dann auch der Herr Oberinspektor der Gesellschaft sagen lassen, daß die Forderung — den Schein zu unterschreiben — zu weit geht. Den rückständigen Lohn erhielt der Wächter, die Ration zahlte aber die Gesellschaft nicht. Auf die Klage vor dem Gewerbeamt erging gegen die Gesellschaft zunächst ein Verjährungsurteil, gegen das aber rechtzeitig Einpruch erhoben wurde. Im nächsten Terminklärte sich dann der Vertreter der Gesellschaft bereit, dem Kläger die gesuchte Ration auszuzahlen. Als Sch. aber das Geld ergeben wollte, zog ihm die Gesellschaft von der Ration 1,50 Mt. ab für die Kosten, die der Gesellschaft aus dem Verjährungsurteil entstanden waren. Also die Gesellschaft verbummelte den Termin vor dem Gewerbeamt und bat dann sagen wir die Rücksicht, dem Arbeiter die Kosten aufzuballen. Sch. hatte aber für solche Praktiken kein Verständnis, daher wehrte er sich gegen den Abzug und erhob erneut Klage. Der Herr Oberinspektor der Gesellschaft hatte Sch. gedroht, er wolle ihm 20 Mt. von der Ration abziehen, wenn er wegen Sch. noch einmal nach dem Gewerbeamt müsse. Trotzdem der Vorstehende dem Oberinspektor klarmachte, daß der Arbeiter doch nicht die durch Verschulden der Gesellschaft entstandenen Gerichtskosten zahlen könne, erklärte der Inpetitor, er wolle nicht zahlen, der Mann sei unterzogen geworden. Der Kläger hätte seine Ration bekommen wenn er der Gesellschaft nicht noch Scherereien gemacht hätte. Der Oberinspektor sagte, die Scherereien bestanden darin, daß der Wächter sich weigerte, die 1,50 Mt. zu bezahlen. Auf den Einwand des Vorstehenden, die Kosten seien doch nur die gesetzliche Folge des Verjährungsurteils, antwortete der Oberinpetitor, er habe diese Folge nicht gesehen. Als der Mann schließlich doch zahlt, daß er mir den Abzug von 1,50 Mt. nicht durchzutragen würde, erklärte er hochfahrend: "Man ist effektiv zu anständig mit der Gesellschaft." Mit der Gesellschaft waren die Wächter gemeint. Der "effektiv zu anständige" zahlte schließlich — der Not gehorchn — die 3 Mt. Ration und 1,70 Mt. für entstandenen Zeitverlust.

Wir möchten nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß durch die Arbeitsordnung der Wach- und Schließgesellschaft die Rechte der Angestellten nahezu ausgeschaltet werden. Die Arbeiter mögen also bei einem Engagement die größte Vorsicht walten lassen.



Hafenarbeiter



Bremenhaven. Mehr Schutz für Leben und Gesundheit. Seit einem Jahrzehnt ist hier so wie auch in verschiedenen Hafenplätzen ein vom Staat besoldeter Hafeninspektor angestellt, der besonders die Aufsicht hat, in den Betrieben für Verhütung von Unfällen zu sorgen. Trotzdem sind hier in dem Hinschelchen Betrieb noch sehr viele Unfälle zu verzeihen ihnen. Die Bremerhavener Ortskrankenkasse, der die meisten Kollegen aus der obigen Firma als freiwillige Mitglieder angehören, hatte in ihrem letzten Jahresbericht eine Spezialrubrik über die vielen Vertriebsunfälle in dem Hinschelchen Betrieb aufgestellt. Die Kollegen Hafenarbeiter forderten mehr Schutz und sanitäre Einrichtungen

und gründeten aus ihren Reihen eine Kommission, die dafür einzutreten hat. Diese konstituierte sich im September 1912, während der Zeit sind schon mehrere alte Missstände beseitigt worden. Für den Unternehmer und die Vorleute bestellt der Firma Hinsch ist diese Überwachung sehr unbedeutend. Wieviel ein Arbeitserfolg bei der Firma Hinsch wert ist, beweist uns folgendes: Der Kollege Biedendorf wurde beim Lösen des Schwedamps "Goeben" im Unraum von einem herunterfallenden Baumwollballen am linken Schenkel getroffen und schwer verletzt, der Bormann Biedendorf rief von oben, B. sollte die Höhe steile Leiter herauskommen, als B. erklärte, daß nicht zu

könnten, rief B. hinunter, er sei ein Waschlappen, aber damit nicht genug, als der Verunglückte dann mittels einer Brücke herausgeholt wurde, stellte sich der Bormann B. mit auf die Brücke und rief nach oben: "Hört man up, dat is no blok Konsument fü". (d. h. gewöhnliche Ladung fü). So sieht die Humanität der Unternehmer und mancher Vorleute aus. Wenn die Kollegen ihr einziges Gut, die Gesundheit, gewahrt haben, dann werden sie als altes Gerümpel betrachtet und behandelt. Also mehr Schutz für Leben und Gesundheit der Hafenarbeiter.

Die Ernte eines guten Jahres. Von der Ernte eines guten Jahres berichtet die "Hansa". Sie

meint damit die Millionenprosperität, die das Reederei-kapital im letzten Jahr aus dem Schwund und Blut der Arbeiter prägte. Nachdem die Hamburg-Amerikalinie schon vor einigen Wochen die segenspendende Bilanz über das Geschäftsjahr 1912 veröffentlichte, kommt nun endlich auch die zweitgrößte Reederei, der Norddeutsche Lloyd, mit seinem Geschäftsbericht an die Öffentlichkeit. Wenn man sich erinnert, wie tief die Krise diese Bremer Gesellschaft in der Achtung aller kapitalistischen Dividendenäger und Schmids herabgesetzt — einer Gesellschaft, die seine Dividende verteilt, ist der Kapitalismus ebenso feindlich, wie die Natur einem lustigen Namen — und hätte, einige Jahre später, die stolzen Millionen Gewinne des Lloyd betrachtet, so kann man ungefähr die Kraft des wirtschaftlichen Ausschwunges seit der letzten Krise ermessen — und die Schweren der kommen den Krise ahnen. — Je höher der Aufzug, desto rasender der Sturz.

Der am 27. Februar dem Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd vorgelegte Abschluß weist einen Bruttoüberschuss von rund 51,75 Millionen Mark gegen 41,5 Millionen Mark im Vorjahr auf. Sowohl das Passagier- wie auch das Frachtgut war glänzend. Die Dividende soll von 5 p.C. im vorigen Jahr auf 7 p.C. im Berichtsjahr steigen. Abgeschrieben werden 24,2 Millionen Mark (das sind fast 20 von je 100 M. Aktienkapital), in die verschiedenen Fonds fließen 7 014 000 M. gegen 3 133 000 M. im Jahre 1911. Die Reserven haben damit eine Höhe von 28,1 Millionen Mark erreicht. Einem Schuldkonto von 19,7 Millionen Mark stehen Forderungen, Vorauszahlungen auf Schiffsbauten usw. in der Höhe von 39,9 Millionen Mark gegenüber. Die sofort fälligen Mittel betragen 51 000 000 M. Ein Kapitalbedürfnis liegt nicht vor.

Die während des ganzen Jahres arg umstrittenen Aktien der Hansa-Linie werfen ihren „allgemeinen“ (glücklich) Wert sie das Dreifache des nominellen Wertes zahlen). Siefern eine Dividende von 20 p.C. ab, während die Aermsten sich im vorigen Geschäftsjahr noch mit „nur“ 15 p.C. durchzogenen mühten. Der Reingewinn soll von 3,45 Millionen auf 8,2 Millionen M. gestiegen sein. Den verschiedenen Fonds fließen verschiedene Millionen zu. Über die Finanzlage schwirren die tollsten Gerüchte. Auf jeden Fall ist sie glänzend.

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt-Gesellschaft hat ebenfalls ihren Abschluß veröffentlicht. Die Gesellschaft, die vor kurzem ihr Aktienkapital von 15 auf 25 Millionen Mark steigerte, kann ihre Dividende von 10 p.C. auf 14 p.C. erhöhen und außerdem ihre finanzielle Position außerordentlich stärken. Der Bruttoüberschuss betrug:

1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
5 680 500	5 318 600	6 561 500	9 181 000
Bei dem Bruttoüberschuss von 1912 ist zu beachten, daß er bereits um 2½ Millionen Mark gefürchtet ist.			
Abgeschrieben wurden:			
1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
3 970 500	3 584 100	4 295 700	6 022 800
Dividenden wurden verteilt:			
1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1 200 000	1 200 000	1 500 000	2 100 000
8 p.C.	8 p.C.	10 p.C.	14 p.C.

Die Ausgabe der neuen Aktien brachte der Gesellschaft einen Aufgängewinn von 3,86 Millionen Mark. Dadurch wächst die Reserve auf 6,07 Millionen Mark, die Absicherungsreserve beträgt jetzt 7,5 Millionen Mark. Das Bankaufladen wuchs von 2 133 000 M. auf 10 900 000 M. Auf pendente Reisen- und interne Abrechnungsstellen entfallen 16,78 Millionen Mark gegen 10 Millionen Mark im vorigen Jahr. Also scheint 1913 ebenfalls ein „gutes“ Jahr zu werden.

Die Deutsche Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Kosmos“ verteilt 14 p.C. gegen 12 p.C. im vorigen Jahr. Nach Abzug der Zinsen und Steuern blieben als „Überschüß“:

1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
3 125 379	3 990 764	5 332 526	6 284 848
Die Abschreibungen betragen:			
1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
2 425 386	2 356 030	2 359 933	3 138 081
An Dividenden wurden verteilt:			
1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
700 000	1 400 000	1 680 000	1 960 000
5 p.C.	10 p.C.	12 p.C.	14 p.C.

Das Bankaufladen betrug in den vier Jahren 1909, 10, 11, 12: 194 424 M., 6 495 373 M., 11 950 000 M. und jetzt 15 500 000 M. (bei 14 000 000 M. Aktienkapital). In die verschiedenen Fonds fließen noch etliche Millionen; herzoverdienten wollen wir das Konkurrenz- und Streitfeld weiter kontrollieren, das um 500 000 M. auf 1,5 Millionen Mark anwuchs.

Die Deutsche-Australische Dampfschiffahrt-Gesellschaft betreibt von jeher eine vorsichtige Dividendenpolitik. Trotzdem schlägt sie diesmal 14 p.C. aus, also 3 p.C. mehr als im Vorjahr. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Positionen herauszuheben:

1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
3 866 873	5 161 352	7 125 685	9 161 782
Abgeschreibungen:			
1909	1910	1911	1912
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
2 044 591	2 940 612	4 454 123	5 764 259

Dividenden:

1909 Mf.	1910 Mf.	1911 Mf.	1912 Mf.
1 120 000	1 440 000	1 760 000	2 240 000
7 p.C.	9 p.C.	11 p.C.	14 p.C.

Seit 1909 hat sich demnach das Einommen der Aktionäre um 100 p.C. gehoben. — Die Arbeitnehmer.

Die neu ausgegebenen 4 000 000 M. Aktien brachten der Gesellschaft einen Aufgängewinn von 1 720 000 M. Sämtliche Rücklagen belaufen sich auf 12,52 Millionen Mark.

Trotz der kriegerhaften Unordnung in der Seeflotte, die die wirtschaftlichen Kräfte der in Frage kommenden Länder brachte und besonders die Seeschiffahrt arg stört, kann die Deutsche Levante Linie ihre Dividende von 6 p.C. auf 7 p.C. erhöhen. Der Betriebsgewinn stieg von 2 993 433 M. auf 4 976 773 M., woraus verschiedene Fonds reichlich gespeist werden. Abgeschrieben werden 2 664 678 Mark, die davon Mittel steigen von 1 712 746 Mf. auf 2 232 088 Mf.

Die Oldenburg-Montevideo-Gesellschaft am Pfiffisch-Reederei verteilt für 1912 eine Dividende von 16 p.C. gegen 14 p.C. im vorigen Jahr. Im Jahre 1911 wurde das Aktienkapital von 900 000 M. erhöht, diesmal soll es um 1 000 000 Mark wachsen. Während 1911 den Aktionären die neuen Aktien zu 115 p.C. angeboten wurden, sollen sie heute 140 p.C. zahlen. Ein schlagender Beweis für die günstige Lage der Gesellschaft.

Die „Midgard“ Deutsche Seeverkehr AG in Nordenham verteilt für 1911 keine Dividende. Diese schwere Prüfung der Aktionäre ist vorüber,

an, und alle Anzeichen deuten auf große Nachfrage seitens des amerikanischen Reisebüros. Auch in diesem Jahre wird der amerikanische Geschäftsmann mit Vorliebe zur Erhaltung einer Reise nach drüben antreten, und sollte das Geschäft als Folge des Wechsels in der Bundesverwaltung abschauen, so wird er dadurch um so eher Zeit für eine Europareise gewinnen. Dagegen bestehen ancheinend weniger günstige Aussichten für das Zwischenlandsgeschäft von drüben. Dabei kommt besonders das neue Immigrationsgesetz in Betracht, dessen Bestimmungen auf eine Beschränkung der Einwanderung hinauslaufen. Die geplante Erhöhung des Kopfgeldes von 4 Dollar auf 5 Dollar wird seine besondere Wirkung ausüben, wenigstens für arme Leute solche Mehrosten der Reisefahrt von Bedeutung sind, während aus diesen Kopfgeldern sich in Händen der Regierung bereits ein Überschuss von 1 Mill. Dollar angehäuft hat.

Von größerer Bedeutung wird sich voraussichtlich die beabsichtigte Einführung einer Prüfung des Bildungsgrades der Immigranten erweisen. Die ursprüngliche Bestimmung, es sollten nur des Lesens und Schreibens kundige zugelassen werden, ist dahin gemildert worden, es genüge, wenn der Immigrant nachweist, daß er lesen kann. Aber notorisch ist ein großer Prozentsatz der aus Südost-Europa hier eintreffenden, besonders der italienischen Einwanderer ohne jede Schulbildung, während es an solcher den vertraglichen Elementen gewöhnlich nicht fehlt. Daher dürfte die Immigration von daher um etwa 25 p.C. abfallen; es werden daher in Zukunft weniger Schiffe für den Dienst nach bietigen Häfen bereitstehen und die Einwanderung wird nach Südamerika und Kanada abgleiten werden, wo man ihren Wert für das Land besser zu schätzen weiß.

Die guten Aussichten sind also da, bleibt die Frage, ob der Konkurrenzkampf zwischen dem Pool und der Canadian Pacific Railway Company geeignet ist, einen allzu breiten Schatten auf das lokale Bild zu werfen. Die „Hansa“ schreibt dazu: Der im nordatlantischen Passagierpool ausgebrochene Krieg hat bereits weitere Vorgänge veranlaßt. Die Zwischenlandspreise nach Kanada sind von den streitenden Teilen auf 120 Mark herabgesetzt worden. Die Austria-America unterhält jetzt zwei Dampfer von der Hamburg-Amerika Linie übernommen und kurzlich ging die Mitteilung durch die Zeitung, daß der Pool als solcher mehrere Dampfer bei Harland u. Wolff bestellt habe; zwei weitere Schiffe sollen in Unterhandlung sein. Man scheint sich somit auf einen längeren währenden Krieg einzurichten zu wollen, was den weiteren, nicht unerfreulichen Schluss gestatten würde, daß man in den Kreisen der verbindeten Schiffs-fahrtsgesellschaften nicht mit einer Auflösung des Pools rechnet. Die Linie, die die Austria-America von Triest nach Kanada betreiben wird, soll als Poolmitglied des Pools verteilt werden.

Au der Debatte darüber, wer Schuld hat, brauchen wir uns natürlich nicht zu beteiligen. Diese Kriegsgefechte überlassen wir der bürgerlichen Presse, und der Parteizeitung, die Gesundheit daran findet, eine amerikanische Gesellschaft quasi zu verteidigen, obgleich diese eine Regierung befiehlt, das überlassen wird, die Parteizeitung, die diese Regierung gegen den „freien“ Kampf der Poolgesellschaften in Südböhmen nimmt, obgleich die Zutreiberkünste, die die österreichische Regierung der amerikanischen Gesellschaft leistet, sich als Verlust der eigenen Landeskinder qualifiziert. — Es muß auch solche Ränke geben. Wir meinen, das Bild des deutschen Kapitalismus ist auch ohnedies blutig genug, und dem aus allen Völkern blut- und schmutztreibenden amerikanischen Kapitalismus kann keine Mohrenwäsche reinigen. Es ist ein Kampf der Ausbeuter um den Profit, um die Verstellung der Hant des Proletariats — und soweit uns dieser Kampf überhaupt zu einer Meinungsverschiebung Veranlassung geben kann, ist einzige die reine Zweckmäßigkeitssache maßgebend: wo es braucht der Hofscheiter und Seemann am wenigsten Haare zu lassen? Diese Frage haben wir beantwortet in dem Streit um Enden, und sie beweist sich diesmal mit der Konfrontierung, daß jede Betriebsausdehnung der amerikanischen Linie den Betrieb der deutschen einschränkt muß.

Großen Einfluß auf die Geschäftsergebnisse der deutschen Reedereien wird der Kampf ancheinend nicht haben, da sich ja der Verlust auf sämtliche Poolgesellschaften verteilt. Und so sehen die Reeder denn fröhlich die Geschäftsaufschwung glänzenden Auges entgegen — auch 1913 wird ein „gutes Jahr“.

Hamburger „Patrioten“. Das „Hamburger Echo“ schreibt: Am Staatsrat zählen zu den belasteten Geheimen auch eine Anzahl Wäger, und sie bilden einen Verein der „beleidigten Wäger“. Benannte Edigkeiten liegen nun in den letzten Tagen ein in mehreren Exemplaren hergestelltes Schriftstück im Kaufbetrieb zirkulieren, das so lautet:

Einladung zur Märzfeier!

Werte Kollegen! Am 2. Märztag findet die Märzfeier statt. Euch allen ist bekannt, daß unser Verein sich an dem Festzug mit Fahne und Musik beteiligt, und werden die Kollegen, welche sich an demselben beteiligen wollen, gebeten, auf der Rückseite Dieses Ihren Namen zu benennen. Der Vorstand hofft jedoch, daß sich möglichst alle Kollegen unterzeichnen, um unsern Verein noch in seinem Ansehen in bezug auf unsere Petition hin zu heben. Anzug: Schwarzer Anzug, Zylinder und schwarze Binde. Vereinszeichen anlegen. Abmarsch 12 Uhr, Vereinslokal. Die Kollegen werden gebeten, mit den Unterstrichen nicht so lärmig zu sein, und dieses Schreiben durch den Oberarbeiter respektive Obmann an den ersten Vorsteher Groschütz, Schuppen 14, bis spätestens 6. März zurückzuschicken. Am Auftrage des Vorstandes: H. Schütz.

Diese „teutsch erlücktigten“ Leute! Damit ihre Petition (zur Verbesserung ihrer Lage) berücksichtigt werde, wollen sie Bract, Blinder, schwarze Binde und Vereinszeichen anlegen und dann mit Fahne und Fanfarennusst zu dem großen Zuge seelenverwandter Patrioten stoßen. Die Schwestern der Possemen von Jéricho haben dort die Männer eingefürt, der traurige Trauerkundt dieser „beleidigten Wäger“ vom Staatsrat wird die Herzen der Herren von der Kaiwaltung und der Deputation für Handel und Schifffahrt erweichen. (Herr Kästlektor Blücher wird sicher dabei sein.) Es geht doch nichts über den Patriotismus. Er ist aber doch auch zu allen Dingen nützlich. Diesmal können „beleidigte Wäger“ vom Staatsrat ihr sogar gebrauchen, in bezug auf unsere Petition hin! Viele aber von denjenigen Wägern, die ihren Namen auf der Rückseite dieses bemerkenswerten, erschöpften: Wir haben ganz etwas anderes zu tun, als auf diese Weise unser Ansehen zu heben; und dieses Schriftstück soll nicht an den — Verfasser zurück, sondern an die „richtige Schmiede“ gesandt werden, wo sonst zur Wahrung unserer Interessen geschmiedet wird, und zwar in erster, harter, aber aufrichtiger Organisationsarbeit. Traurige Helden, die den Patriotismus mimen, um ihr Ansehen „zu heben.“

Hamburg. Sektion Hafenarbeiter. Versammlung am 20. Februar. Sch. erstatte den Jahre bericht und schilderte die Lohnbewegungen im letzten Jahre, sowie die Bewegung der Hafenleute und Binnenschiffer. Dann erwähnte der Redner noch, daß die Zahl der Mitglieder sich insgesamt um 5931, also auf 36 054 erhöhte. Darauf gewann die Sektion Hafenarbeiter um 2808 trotz der Überweisung der 348 Bagager an die Binnenschiffer; die Mitgliederzahl der Hafenarbeiter beträgt 13 685. Der Ortsabstand erhöhte sich um 132 829,06 auf 340 597,57. Nachdem Redner noch kurz die Gewerbegericht urteilte die Arbeitslosigkeit und Krankheitsschäfe beprochen hatte, wies er auf den in Kürze erreichenden Geschäftsbereich hin, diesen zum eingehenden Studium empfohlen. Zum Schluss appelliert Sch. an die Solidarität der Mitglieder und erachtet, die inneren Kämpfe zu unterlassen, damit wir gegen das Arbeitgeberum gerüstet sind. In der recht ausgedehnten Diskussion wird zum Teil die Sektionsleitung, zum Teil der Hafenbetriebsverein beziehungsweise dessen Maßnahmen kritisiert. Einige Kollegen äußern die Ansicht, daß der Streit mit der Hafenarbeiter-Gesellschaft vom Hafenbetriebsverein provoziert sei, um die gesamte Arbeiterschaft am Hafen in den Kampf zu drängen und vielleicht dadurch die Arbeitszeitverkürzung hinzunanzubringen. Im Namen der streitenden Hafenarbeiter erläutert ein Kollege, daß zu erwarten sei, daß dieser Streit mit Erfolg für die Kollegen beendet werde. Eine Debatte über das bisherige System, die Sektionsleitung mit den Branchenältern zu wählen, endet damit, daß erläutert wird, es könnten ja weitere Vorlage gemacht werden, jedoch sachlich betrachtet, sei es empfehlenswerter, daß das bisherige System beizubehalten, da man bei Branchenleitungsmitgliedern einen größeren Verantwortungsbereich voraussetzen müsse. Es wurden in die Sektionsleitung gewählt: Bentien, Gerda, Kurpinus, Ristori, Scheidweiler, Schles und Schneider. Zur Ortsversammlung wurden Heitmann, Lindemann und Ernst vorgeschlagen, als Beisitzer Högel und Ollerich, zur Gauleitung Demering.



Kino und
Schauspieler-
Gehilfen

Wann sind Kinos auf Versicherungspflicht? Zur Entscheidung des Reichsversicherungsamts gelangte kürzlich folgender Fall: Ein Unternehmer besaß neben einem Kinematographentheater noch eine Filmreparatur- und Verleihanstalt und eine Restaurant. Einer seiner Angestellten verunglückte nun bei der Arbeit in der Filmreparatur und Verleihanstalt. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Rentenansprüche des Verletzten ab. Das Reichsversicherungsamt verurteilte sie jedoch durch Entscheidung vom 12. Dezember v. J. zur Rentenzahlung. In der Begründung heißt es:

„Ob diese Arbeiten der Versicherungspflicht unterlagen, kann darübergestellt bleiben. Auch wenn diese Frage zu verneinen wäre, so würde der Anspruch des Klägers doch begründet sein. Denn der Kläger war hauptsächlich im Kinematographentheater beschäftigt, und zwar an den elektrischen Triebwerken. Diese stellen aber einen versicherungspflichtigen Betrieb dar. Es war darin vorhanden ein mit einer Dynamomaschine verbundener Elektromotor von 3 bis 4 PS, als Umläufer, ein Elektromotor von etwa $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ PS. für das Gramophon und je ein Elektromotor von $\frac{1}{8}$ PS. zum Antrieb des Kinematographen, des Pianos und des Orchesters, ferner ein Lüftventilator, 3 Wand- und 2 Deckenventilatoren. Diese Triebwerke gehen auch wenn man von dem Umläufer, der nach der Ansicht der Berufsgenossenschaft die Versicherungspflicht nicht begründet, abgesehen, nicht nur in seiner Gesamtheit, sondern auch, wenngleich teilweise, einzeln über das Maß hinaus, das zur Annahme einer bloßen „Einrichtung“ berechtigt. Es liegt also ein versicherungspflichtiger Motorenbetrieb vor, der das an sich nicht der Versicherung unterliegende Kinematographentheater insoweit versicherungspflichtig macht, als die Angestellten an den Triebwerken selbst oder in ihrem Gefahrenbereiche beschäftigt werden. Für die Versicherung des Betriebes ist die Berufsgenossenschaft der Kleinmechanik und Elektrotechnik zuständig. Ihr würde die Versicherung aber auch dann unterliegen, wenn die Filmreparaturarbei-

ten etwa der Versicherung unterliegen sollten. Denn diese an sich unversicherten Arbeiten würden nur durch die etwaige Verwendung von Motoren für den Betrieb, Ausprobieren der Films, versicherungspflichtig werden können.“

Breslau. Die Gräler der Sektion der Kinoangestellten hielten eine Sitzung ab, um geeignete Schritte gegen die bestehende, von der Polizei willkürlich erfolgende Zensur der Agitation zu unternehmen. Wenn wir auch eine Zensur für gut halten, darf sie doch nicht von der Polizei allein ausgeübt werden, die bisher vollständig verlastet ist. Es wurde eine Kommission gewählt, welche im Verein mit einer Kommission der Besitzer eine Unterredung mit dem Polizeipräsidium in die Wege leiten sollte. Die von uns vorgelegene Kommission der Besitzer hat es jedoch abgelehnt, auf unser Antrichten einzugehen. Dies erklärt sich auch aus dem Umstand, daß der aus 7 Mitgliedern bestehende Verein der Besitzer (aus 22 Unternehmern) zu Grabe gestragen wurde. Die Einigkeit in diesen Reihen besteht schon sehr lange. Einzelne Besitzer behaupten auch, die Zensur sei nicht so scharf. Es wurde der Kommission anheimgestellt, mit dem Polizeipräsidium allein zu verhandeln. Insofern als auf Grund des Verhaltens der Besitzer lehnen die Kollegen dies als zwecklos ab.

Die am 17. Februar abgehaltene Versammlung der Sektion wurde mit einem Vortrag des Sektionsleiters eingeleitet. Nedner sprach über die „Vollstreckung“ und ihre Gegner, kennzeichnete die kapitalistische, für den Versicherungsnehmer schäd-

zum 6. März einen abweichenden Bescheid von Ihnen erhalten haben, nehmen wir Ihr Einverständnis mit den Vorschlägen des Angestellten-Ausschusses an.

Die Handelskammer.

Es wäre zu begrüßen, wenn der Vorschlag der Handelskammer zur ortspolizeilichen Vorschrift würde. Solingen. Eine Lohnbewegung der hiesigen Kinoangestellten ist für die Beteiligten mit vollem Erfolg zu Ende geführt worden. Daß dieses in so kurzer Zeit geschehen könnte, ist darauf zurückzuführen, daß fast alle Angestellten der Organisation angehörten, die Forderungen aber auch unter der größten Mitleidenschaft auf die Verhältnisse des Gewerbes aufgestellt worden waren. Ferner hat die Einsicht der Herren Kinobesitzer mit dazu beigetragen, daß die Angelehrten so schnell ihre Erledigung sandten. Nachdem am 24. Februar den Herren Kinobesitzern die Forderungen ihrer Angestellten zugestellt und ihnen eine 4tägige Bedenkzeit zugestellt worden war, ersuchten uns diese Herren am 28. Februar um eine Unterredung. Diese führte zu einer Einigung über den größten Teil der Forderungen. Über die Punkte, bei welchen an dem Abend keine Einigung erzielt werden konnte, kam am andern Morgen eine Vereinbarung zustande. In einer Versammlung den Beteiligten wurden die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse akzeptiert. Wir lassen hier den Tarif, der zum Abschluß gelangte, in seinen wesentlichsten Teilen folgen:

Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit der Musiker beginnt um 3 Uhr nachmittags und endet um 11 Uhr abends. Für das Einnehmen des Abendbrotes ist eine einstündige Pause zu gewähren. Bei jedem Programm ist eine entsprechende Unterbrechung zu gestatten. Für Operateure und Kontrolleure beträgt die Arbeitszeit in der Woche 70 Stunden. Für das Einnehmen des Abendbrotes ist eine entsprechende Pause zu gewähren.

Lohn.

Der Mindestlohn für Musiker beträgt monatlich 200 Mark. Dieser Lohn steigt jährlich um 10 M. pro Monat bis zum Höchstlohn von 230 M.

Der Mindestlohn für Operateure beträgt wöchentlich 42 M., steigend nach jedem halben Jahr wöchentlich um 1 M. bis zu einem Wochenlohn von 45 M.

Der Mindestwochenlohn für Kontrolleure beträgt wöchentlich 36 M., steigend nach jedem halben Jahr um 1 M. bis zum Wochenlohn von 40 M.

Die bisherige Beschäftigungsdauer wird bei der Berechnung des Lohnes in Rechnung gebracht.

Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht.

In Krankheitsfällen ist für die ersten drei Tage der Lohn weiter zu zahlen, jedoch muß über die Erkrankung ein ärztlicher Aufschluß beigebracht werden.

Ueberarbeit.

Ueberarbeit ist möglichst zu vermeiden. Werden vom Besitzer Ueberarbeiten angeordnet, so erhalten die Musiker 1 M. die Operateure 80 Pf. und die Kontrolleure 60 Pf. pro Stunde vergütet.

Bei Programmwechsel müssen die Musiker zugegen sein und mit diesem nicht als Ueberarbeit zu betrachten.

Lohnzahlung.

Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich Freitag, fällt der Freitag auf einen Feiertag, am vorausgegangenen Wochenstag.

Bei Angestellten, die Monatsgehalt beziehen, erfolgt die Ausszahlung am 15. und letzten eines jeden Monats.

Aushilfsarbeiter.

Aushilfsarbeiter erhalten, wenn die Arbeitszeit an einem Sonntage bis 11 Uhr dauert 5 M. bis 10 Uhr 4,50 M. für Stundenarbeit in der Woche pro Stunde 50 Pf.

Die Ausszahlung erfolgt nach Beendigung der Arbeit.

Zur Einnahme des Abendbrotes ist eine entsprechende Pause zu gewähren.

Diese Bestimmungen für Aushilfsarbeiter sind nur gültig für Personen über 18 Jahre.

Freie Tage.

Den Musikern, Operateuren und Kontrolleuren ist monatlich ein freier Wochenstag unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Für Erhol und seinen Bezahlung an diesem Tage hat der Besitzer zu sorgen.

Einstellung von Angestellten.

Es sind nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen und ist bei Neueinführung der Arbeitsnachweise des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu benutzen.

Allgemeines.

Entlassungen wegen der Durchführung dieser Vereinbarung und wegen der Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht erfolgen.

Bereits bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse dürfen nicht zugunsten der Angestellten geändert werden.

Sonderabmachungen, die den Bestimmungen dieses Vertrages zuwider laufen, haben keine Gültigkeit. Geschäftsgesheimnisse sind zu wahren.

Differenzen.

Entstehen zwischen den Geschäftsinhabern und bei ihnen beschäftigten Angestellten Differenzen, so ist durch Vermittlung eines Verbandsvertreters eine Regelung herbeizuführen. Erfüllt seine Einigung, so ist das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Die Kollegen, die in den bietigen Kinos beschäftigt sind, können auf das Erreichte stolz sein. Sie haben es verdient, durch den Zusammenschluß in der Organisation ihre Lage zu verbessern. Möge dies den anderen Berufen hier am Ort als Beispiel dienen. Überall liegen die Verhältnisse so, sei es Lohn, Arbeitszeit oder Behandlung, daß sie verbessert werden

sönnen, wenn die Kollegen selbst mit Hand aus Werk legen! Aber solange noch die Gleichgültigkeit besteht, solange die Kollegen nicht bereit sind, in ihrer Person für die Verleistung ihrer Lage einzutreten, solange werden auch die eigenen Zustände nicht allein bestehen bleiben, sondern — ver- schlechtert werden! Denn daß Unternehmertum weiß die Gleichgültigkeit der Arbeiter für sich auszunutzen! Deshalb muß jeder Kollege es sich zur Pflicht machen, für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen! Vereinbart sind wir nichts, geschlossen eine Macht!



Transportarbeiter

Dresden-Wilsdruff. Recht mittelalterliche Zustände herrschen noch in diesem kleinen Industriestädtchen. Trotz der unmittelbaren Nähe von Dresden wo das Organisationsverhältnis ein immerhin gutes und demzufolge auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, namentlich der Kutscher, tatsächlich geregelt sind, war es der Organisation nicht möglich, dort festen Fuß zu fassen. Nicht ein einziger Berufskollege gehörte ihr an. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind demzufolge dort auch die denkbare schlechtesten. Der Lohn beträgt durchschnittlich 18 bis 20 M. pro Woche. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt. Früh um 4 Uhr geht es los und abends, wenn in Dresden alles schont, zur Ruhe ist, fahren die Kollegen erst mit schwerbeladenen Wagen nach Hause, wo sie dann oftmals um Mitternacht ankommen. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Dies alles hatte bewirkt, wenn die Kollegen zur Überzeugung kamen, daß eine Anerkennung der Verhältnisse nur durch eine starke Organisation herbeigeführt werden kann. Und es schaut begründete Hoffnung vorhanden zu sein, daß sie ihre gewonnene Überzeugung auch in die Tat umsetzen. Eine von der Verbandsleitung für Sonntag, den 23. Februar, nachmittags einberufene Transportarbeiterversammlung war sehr gut besucht. Nach einem Referat eines Kollegen aus Dresden über: "Erfolge des Transportarbeiter-Verbandes im Jahre 1912" traten sofort 12 Kollegen in den Verband ein, weitere 8 folgten im Laufe der Woche, so daß jetzt 20 Kollegen dem Verband angehören. Ein schöner Anfang ist gemacht; nur so weiter und der Erfolg wird nicht ausbleiben! Hinein in den Transportarbeiterverband bis auf den letzten Mann, das muss jetzt einer Lösungswort sein!

Der Südwestdeutsche Arbeiterverband steht wieder einmal auf dem Sprunge, die Arbeiter seines "Regierungsbüro's" zu lieben. Er will in Frankfurt am Main in einen Arbeitsnachweis einrichten, der natürlich ein Maßregelungsbüro für die organisierten Transportarbeiter werden soll. Als Vorblatt diene die Arbeitsnachweise der Schachunternehmen im Ruhrevier und der Großreiter an der Westseite. Nur einen Haufen hat die Geschichte noch, die Arbeitgeber sollen auch die nicht unerheblichen Kosten für die geplante Institution aufbringen, was bei ihrer Hartlebigkeit in finanziell dingige mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Die Transportarbeiter Südwesdeutschlands wissen nun, daß schon der Streit gesponnen wird, mit dem ihre Freiheit bei dem Verkauf ihres einzigen Gutes, der Arbeitskraft, ermuert werden soll. Und wenn sie noch einen Funken Menschenwürde und Arbeitsehre im Leibe haben, dann werden sie sich gegen diese Erfordernismassnahmen wenden, indem sie sich Mann für Mann ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen.

Hamburg I. Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung fällt das Gewerbege richt Hamburg, welches für die Kutscher im allgemeinen von Wichtigkeit ist. Folgender Tatbestand liegt vor: Kläger ist seit dem 1. Dezember 1912 gegen einen Wochenlohn von 34 M. als Kutscher im Gewerbebetriebe der Bellagte tätig. Am 27. und 28. Januar 1913 hat er infolge von Krankheit nicht gearbeitet. Die Bellagte hat ihm den auf diese beiden Tage entfallenden Lohn vom Wochenlohn gekürzt. Der Kläger hält den Abzug auf Grund des § 616 B. G. V. für unbegründet, erhebt Klage und beantragt:

Die Bellagte kostengünstig zur Zahlung von 10,80 M. zu verurteilen.

Die Bellagte beantragt:
Abweisung der Klage und bestreitet die Möglichkeit der Anwendung des § 616 B. G. V. auf das Vertragsverhältnis der Parteien.

Vergleichsverhandlungen scheiterten.

Gründe:

Die von der Bellagte vertretene Ansicht, daß die Vorschrift des § 616 B. G. V. nicht zur Anwendung gelangen könne, weil der Arbeitsvertrag der Parteien kein Dienstvertrag, sondern ein Werbvertrag sei, geht fehl. Gegenstand des Arbeitsverhältnisses, in dem der Kläger zu der Bellagte steht, ist nicht die Herstellung eines Wertes, eines als etwas "Gedordneten" außerlich in die Erscheinung tretenden Erfolges, sondern die fortlaufend vom Kläger zu leistende Arbeit als solche. Das Vertragsverhältnis der Parteien ist daher unzweifelhaft Dienstvertrag und nicht Werbvertrag. Daraus folgt, daß es den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über den Dienstvertrag unterliegt, soweit nicht der gewerbliche Arbeitsvertrag besonderen Vorschriften unterliegt und daß insbesondere der § 616 B. G. V. zur Anwendung gelangen kann. Diese Vorschrift bestimmt, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig gehen soll, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund, ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist. Es soll also der Lohnanspruch bestehen

dieselben, wenn der Arbeiter infolge eines Unmöglichkeitszustandes die ge pflichteten Dienste nicht leisten kann, wenn er diesen Zustand nicht verschuldet hat und die Verhinderung von verhältnismäßig geringfügiger Dauer ist. Die für die Vorschrift maßgebenden geweisen Gründe sind sozialpolitischer Natur, sie entsprechen zugunsten des zur Dienstleistung Verpflichteten und regelmäßig wirtschaftlich Schwächeren rein menschlichen Erwägungen und Rücksichten. Ob die Voraussetzungen des Weiterbestehens des Lohnanspruchs gegeben sind, ist eine reine Tatfrage und nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Insbesondere ist die Frage ob die Verhinderung sich nur auf "ein verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit" erstreckt, mangels näherer Vorschriften dem richterlichen Ermessen im Einzelfall unterstellt. Dabei kann zu vermutigen sein, daß die Natur der Dienste und ihre Gesamtdauer, unter Umständen auch die Gesamtlage der beteiligten Personen, das Verhältnis der Verhinderungsduer zum Zweck der Dienstleistung und anderes mehr. Von besonderer Bedeutung wird aber regelmäßig sein, seitwann, in welchem Verhältnis die bereits geleistete Arbeit zu der nicht geleisteten, obwohl geschuldete Arbeit, steht. Hiervon ist das Gericht auch im vorliegenden Falle ausgegangen, indem es sich allein nach dem Streit der Parteien darum handelt, ob die Dauer der Verhinderung verhältnismäßig erheblich oder nicht erheblich gewesen ist, und das Gericht mußte der Auffassung des Klägers beitreten, daß eine Verhinderung von zwei Tagen einer bereits geleisteten Arbeit von fast zwei Monaten als eine verhältnismäßig nicht erheblich angesehen sei. Die Klage erschien daher begründet, und es war unter Anwendung von § 913 B. O. hinsichtlich der Kostenentscheidung zu erkennen, wie geschildert.

Lauban. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann geben. Dieses Sprichwort hat bei der Speditionsfirma Hermann Schubert u. Co. seine volle Begründung gefunden, dadurch, daß ein alter, bei der Firma ergrauter Arbeiter auf das Strafensplaster geworfen wurde, weil er sich geträumt, seine — Rechte als Arbeiter zu wahren. Der Fall von Unternehmerliebe dem alten Arbeiter gegenüber spielte sich folgendermaßen ab: Vier Arbeiter waren damit beauftragt, einen Lastwagen an einen andern Ort zu bringen. Der Hof ist abfällig gelegen; bei der nun herrenlosen Stätte und weiter, weil die Bremse nicht funktionierte, konnten die Arbeiter den Wagen nicht beherrschen. An dem Wagen brach die Delikte. Die Konsequenz, welche die Betriebsleitung daraus zog, war, daß jedem Arbeiter 3,80 M. als Schadenersatz für die abgebrochene Wagendienst vom Lohn abgezogen werden sollten. Es murkte auch keiner, nur ein alter 72jähriger Arbeiter, welcher 43 Jahre bei der Firma ununterbrochen beschäftigt ist, hatte den Mut, gegen den ungerechtfertigten Lohnabzug zu protestieren. Er war der einzige, welcher den Zorn zurückwies. Nun trat das Unerhörteste ein: Man zahlt dem alten Mann die zum Lohne seplenden 3,80 M. nach mit der Bemerkung, daß er in vierzehn Tagen — entlassen sei. Dieser alte Arbeiter stellte seinen übrigen Arbeitskollegen ein Armutzeugnis aus. Keiner der anderen drei Kollegen wagte es, dagegen zu protestieren. Vor noch nicht allzu langer Zeit erst wurde dem alten Arbeiter durch Vermittlung der Firma das allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Und nun? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann geben. Ihr aber alle Arbeitskollegen, die ihr in den Laubaner Speditionsbetrieb beschäftigt seid, was lehrt euch dieser Fall? Die Notwendigkeit des einmütigen Anschlusses an eure Berufsorganisation, den Deutschen Transportarbeiterverband.

Papenburg. Wie hungrige Wölfe Mensch und Tier heimtisch überfallen und abwürgen, so überfallen in hinterlistiger Weise unsere Brüder in Christo unsere Organisation und deren Mitglieder, um auch diese abzuwürgen zu können. Damit die Sache aber einen besseren Beigeschmac bekommt, beruft man sich dann noch auf die christliche Religion, um die Wölfe als unschuldige Lammette Gottes erscheinen zu lassen. In unserem letzten Jahres- und Kaisermanifest haben wir einen kurzen Überblick über unsere Tugilie gegeben und lediglich Tatsachen konkretiert. Wir können uns erhaben, an dieser Stelle Wiederholungen zu machen, um den Raum der Zeitung nicht unnötigweise in Anspruch zu nehmen. Genau so, wie Geier auf Nas lauern, so lauern unsere Brüder am Ort auf unsere Brüder, um dann aller Welt und uns zu wissen zu tun, daß die christliche Organisation am Orte die versorgte Unschuld vom Lande darstellt und daß gerade sie niemand etwas zu Leide tun können, weil sie eben unchuldige Lammette sind. Da bei haben die Herren aber jedesmal entschieden, daß der Christliche Holzarbeiter bringt in seiner Nr. 9 ein Pamphlet, welches sich wiederum mit unserer Organisation und unserem Vertrag beschäftigt. Hierbei passiert den Leuten, daß sie ungewollt humoristisch werden und in dieser Verlegenheit alles das befähigen, was wir gesagt haben. Es hieß dem Artikel Schreiber zu viel Ehre antun, auf die Einzelheiten einzugehen, zuviel aufzukommen. Konstatieren wollen wir nur, daß unsre Wit sieber als "Genossen" benannt werden, trotzdem diese Sorte Kollegen genau weiß, daß weder in Papenburg, noch in dessen näherer Umgebung ein sozialdemokratischer Verein besteht, und daß auch nicht ein einziger unserer Kollegen der sozialdemokratischen Partei angehört. Damit füllt aber auch die echte jesuitische Auslastung betrifft der Kriegsverträge eine und der Ausläufer aus denselben Konstatieren wollen wir weiter, daß die befohlenen Mitglieder weniger bei uns, als im anderen Lager zu finden sind. Und wenn jetzt die Herren Christen sich über diejenigen lustig machen, welche dem Teufel Allobrot unterlegen sind, dann sollten sie wenigstens der Wahrheit die Ehre geben und gleichzeitig schreiben: "Das ist die Erziehungsarbeit der Christlichen Gewerkschaften". Denn die Christen sind es doch, welche ihre Weltanschauung in Papenburg und Umgebung als un-

schrankte Herrscher ausgeübt haben und versuchen, auszubauen und wenn die jehrige "Christliche Erziehungsarbeit" darin besteht, die Arbeiter zum Soß anzuleiten und zu erziehen, dann brauchen sie sicher nicht ein Aufmesblatt in den schon reichlich verfaulten Vorberatanz zu flechten. Genau so wie mit dem Allobrot geht es aber auch mit der wirtschaftlichen Interessenvertretung. In ihrem Artikel schreiben die Christen: "Werdet eine Macht, dann braucht ihr nicht zu bitten, sondern ihr könnt verlangen. Damit haben sich die Leute eine Ohrfeige versetzt, wie sie besser nicht sein könnte. Bisher hat man den Arbeitern von der Macht der Christlichen Organisation immer etwas vorgeschnellt und ihnen einzureden versucht, daß die Christliche Organisation ganz gewaltsame Verbesserungen in bezug Lohn und Arbeitszeit erzielt hat. Jetzt geben sie zu, daß diese Macht bis heute nicht besteht und auch bisher nicht bestanden hat. Bisher hat man gebeten um hier und dort eine kleine Lohnserhöhung zu erlangen. Den Arbeitern gegenüber machte man daraus einen großen Sieg, auch das letzte Mal, als weit über die Hälfte der Beschäftigten überhaupt nichts erhielt. Es ist nur gut, daß den Arbeitern die Augen geöffnet werden und ihnen endlich gesagt wird, daß die Christliche Organisation keine Macht hat. Maulheldentum ist ja auch besser als Macht haben. Dann etwas jesuitische Kniffe dazu und die Arbeiter werden immer wieder eingeschläfert. Der Zweck heiligt die Mittel, das trifft auf unsere Papenburger Führer der Christen besonders zu. Denn sonst müßte die Arbeiterschaft schon empört haben, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gefestigt haben.

Kollegen! Wenn Euch der Artikel der Christen zu Gesicht kommt, dann lest denselben nicht einmal, sondern zweimal durch. Die Christen haben sich gezeichnet wie sie sind. Wir sagen schon, Maulhelden, Phrasenreiche dazu mit dem Mantel der christlichen Religion angeln. Wenn irgendwo, dann wird hier mit dem Christentum sowohl, als auch der Religion Schindluder gespielt, um alle bekannten Gemeinschaften damit zu verdecken. Kollegen! Wir lassen uns nicht irre machen. Arbeiten wir in bisheriger Weise unermüdlich weiter, dann wird es auch im laufenden Jahre vorwärts gehen. Die Christen können unsere Bewegung wohl hemmen, aber vernichten können sie uns nicht.

Trebnitz. Ist das kein Terrorismus? Einen recht sonderbaren Vertrag von dem gesei Ich gewährte Rechtsstaatsrecht der Arbeiter scheint der Spediteur Paul Vogt in Trebnitz zu haben. Vor einigen Wochen wurden die bei ihm beschäftigten Kutscher und Arbeiter Mitglied in ihrer Berufsorganisation — dem Deutschen Transportarbeiterverband. Das gefiel nun dem Herrn Vogt nicht, und täglich konnten nun die betriebsbedeutenden Arbeitnehmer die höhere Bildung des Herrn Arbeitgebers beunruhigen. Die Bezeichnung "rote Hunde" usw. waren jetzt die Bezeichnung für die mit anfangen 12 bis 13 M. pro Woche entlohten Arbeiter. Doch damit noch nicht genug, derjenige Arbeiter — ein durchaus nüchterner und zuverlässiger Mensch — der aber, das nach Ansicht des koalitionseindlichen Herrn Vogt unehrlich Verbrechen begangen hatte — bei seinen Kollegern Sonntags in der Wohnung die Beiträge einzutragen, wurde plötzlich und ohne Einwilligung der gesetzlichen Kündigungsfrist, auf die Strafe geworfen. Gemahnen möchte der Herr Spediteur natürlich auch nicht, und gebärde sich auch hier außerordentlich "nebeld". Eine am nächsten Freitag stattfindende Protestversammlung in Trebnitz wird sich recht eingehend mit diesem Koalitionseindlichen beschäftigen. Wenn aber die Scharmauer im Reiche wieder einmal Material gegen die organisierten Arbeiter suchen, so wollen sie diesen Fall nicht unerwähnt lassen. — Schwere Strafe dem, der andere an unerwähnt Arbeit hindert, wurde einmal gefasst, Herr Vogt!

Unternehmerstand und Solidarität. In Wilhelmshaven wurde vor einigen Tagen vor dem dortigen Schifffahrtsgericht eine Bekleidungsflagge zwischen den beiden Fahrtwertsbesitzern Radebrand und Griffler ausgetragen. Diese Verhandlung hat recht drastisch am Anstand und die Solidarität, die die Herren untereinander zu pflegen über, beleuchtet. Schuld an diesem Prozeß ist die Lohnbewegung im Jahre 1910, wo die Herren in ihrem Verein beschlossen, die organisierten Transportarbeiter auszusperrn. Griffler, als damaliger Vorsteher des Vereins Wilhelmshavener Fuhrherren, kam aber diesem Beschluss nicht nach und wurde mit einer Konventionalstrafe von 100 M. bedacht, die er aber bis jetzt zu bezahlen vergessen hat. Im vergangenen Jahre kam der große Birtus Sarasan nach hier. Das Fahren für den Birtus hatte Griffler übernommen, was aber nicht in der Lage, mit seinen eigenen Gespannen die Arbeit zu bewältigen. Er schrieb nun an Radebrand, ob er ihm nicht befürlich sein wolle und was er für jedes Gespann haben wolle. Radebrand, der inzwischen Vorsteher im Fuhrherrenverein geworden war, schrieb an Griffler, daß er solange nicht für ihn existiere, bis er die 100 M. gezahlt habe. Nun setzte sich Griffler auf die Hosen und schrieb seinem Kollegen Radebrand einen Brief, worin er denselben mit allerhand Schmeichelnamen verachte, ihn als einen rohen Menschen bezeichnete. Umgekehrt machte es Radebrand. Aber eine Stelle aus den Briefen, worin sich beide gegenseitig vorwerfen, Schimpfungen gemacht zu haben, ist besonders bemerkenswert. Es sollte eine grausere Arbeit vergeben werden. Damit sich nun die Fuhrunternehmer nicht gegenzeitig die Preise drücken, sollte in einer Versammlung der Preis für diese Arbeit festgesetzt und der Nebenschluß verteilt werden. Der Tag, wo die Versammlung tagen sollte, war da, als aber die Versammlung ihren Anfang nehmen sollte, schrie der Vorsteher Karl Griffler und während nun die anderen saßen und beschwichtigten, erhielt ihr Vorsteher, Griffler, den Zuspruch auf seine Offerte für die Arbeit. Schade ist es, daß das Gericht auf die Beweisaufnahme verzichtete,

sonst wäre die Sache sicher noch etwas interessanter geworden. Besiegelt hatten sich beide, weil aber Griff das größere Geschäft aufgesessen hatte, wurde er mit 10 Pf. Geldstrafe bedacht.

Wir haben schon oft behauptet, daß sich die Unternehmer nur dann lennen, wenn es darum geht, die Arbeiter um ihr Recht zu bringen, heißt es aber ein Geschäft zu machen, dann lennen diese Herren unter sich keine Kollegialität und Solidarität. Dann betreibt man die Schmutzunterschreitung und wenn man sich dann verrechnet hat, will man die Arbeiter anreiben, um das wieder heraus zu holen, was zu wenig gefordert ist.

Essentielle und Mitglieder-Versammlungen.

Bunzlau. Außerordentliche Versammlung vom 22. Februar 1913. Der Referent, ein Kollege aus Breslau, schätzte die Kriegsvorbereitungen der Arbeitgeber, welche sich zu großen Verbänden zusammenfanden. Die Arbeiter sollten daraus lernen und der großen Zersplitterung in ihren Reihen steuern. Die Arbeitgeberverbände griffen immer mehr zur Auspeilung. Referent führte einige der Industrien an, in welchen die Auspeilung im Gange oder zu erwarten sei. Unter anderem ging er auf die Lohnbewegung der Binnenschiffer ein. Auch die "Volksfürsorge" sei den Arbeitgeberverbänden ein großer Dorn im Auge. Nach weiteren tresslichen Ausführungen schloß der Redner seinen lehrreichen und mit größter Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag. Hierauf war Schluss der gut besuchten Versammlung.

Gleiwitz. Eine essentielle Transportarbeiter-Versammlung fand Ende Februar statt. Ein Kollege aus Deutzen hielt einen Vortrag über: "Die gesetzliche Einführung einer Mindestruhezeit für die Arbeiter im Transportservice und die Einschränkung der Arbeitszeit am Sonntagnachmittag". Redner schätzte die überaus lange Arbeitszeit im Transportgewerbe und die sich daraus ergebenden Folgen für die Arbeiter, wie hohe Unfallziffern und Krankheiten. Dass es wohl möglich ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, beweist Redner daran, dass er einige Firmen anführt, die als Musterbetriebe gelten können.

In seinen weiteren Ausführungen gibt Redner bekannt, dass die Regierung schon im Jahre 1908 eine Mindestarbeitszeit von 9 Stunden gesetzlich festlegen wollte, was aber vom Bundesrat abgelehnt wurde. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

In Anbetracht dessen, dass am hiesigen Orte die Arbeitszeit noch durchschnittlich 18 bis 14 Stunden dauert, dass selbst während dieser Zeit keine bestimmten Pausen eingehalten werden, beantragt die heutige Versammlung unsere Vertreter im Reichstage, die Kollegen Schumann und Binder, mit aller Dringlichkeit einzutreten, dass eine Ruhezeit von mindestens 1 Std. gesetzlich festgelegt wird.

Stegnitz. In der Mitgliederversammlung vom 18. Februar 1913 gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Kollegen Grafe, dessen Andenken durch Erheben von den Plänen geehrt wurde. Kollege Sent hielt dann einen Vortrag über "Volksfürsorge". In ca. 1½ stündigen treifenden Ausführungen erledigte er sich seiner Aufgabe und war ersichtlich, wie notwendig es gewesen, den Mitgliedern den Vorteil der Volksfürsorge in Einzelheiten vor Augen zu führen. Zum Schlussernahmte Redner die Kollegen, sich von der Sicherungsgeellschaft eine Freipolicie ausstellen zu lassen und unwiderruflich der "Volksfürsorge" beizutreten.

Den Kartellbericht gab Kollege Lips. Er teilte mit, dass eine Konferenz der Beisitzer an der Sprachkammer des Überversicherungsamtes stattfinden werde. Die Gewerkschaftsstätte in Görlitz, Hoyersberg und Waldenburg, von denen Vertreter in Frage kämen, hätten ihre Zustimmung erklärt. Die Schneider berichteten, dass die Lohnbewegung in der Konfektionsbranche beendet sei. Der neue Tati sche eine durchschnittliche Lohnveränderung von 10 Opt. vor. Ebens sei die Auspeilung der Steinarbeiter der Firma Martel beendet und von der Firma ein Tarifvertrag angenommen worden. Gen. Wolf gab den Jahresbericht vom 4. Quartal. Die Einnahme inkl. Bestand betrug 1596,90 Pf. Die Ausgabe 484,05 Pf., bleibt ein Bestand von 1112,85 Pf. Allseitig wurde gewünscht, dass in allen Gewerbschaften immer und immer wieder auf die Bedeutung der "Jugendpflege" der Arbeiterschaft hingewiesen werde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Als erster Vorsitzender wurde Genosse G., als Kassierer W. und als Schriftführer M. gewählt. Zu Ratsvorsitz wählte man die Genossen G. und W., in die Bibliothekskommission die Genossen B., R. und W. Turnsgemäß aus der Verwaltung des Gewerkschaftshauses schieden aus die Genossen Sch., W. und R. Die Gewerkschaften werden erwartet, bis zur nächsten Sitzung Vorladung zu machen.

In die Verwaltungskommission wurde Kollege B. vorgeschlagen. Dann erfolgte Schluss. In der Nr. 7 des "Tourier" muss es richtig heißen: Generalversammlung am 22. 1. 13. Am Jahreschluss waren 478 Mitglieder vorhanden (nicht 178).

Delitzsch 1. G. Am 2. März tagte unsre Mitgliederversammlung, in welcher ein Kollege aus Chemnitz über Tarifverträge sprach. Wie sehr Redner den anwesenden Kollegen aus dem Herzen gesprochen, zeigte die einmütige Zustimmung der Kollegen. Nachdem nun einige interne Angelegenheiten erledigt und einige Kollegen den Beitritt zu unserm Verbande vollzogen, erfolgte Schluss der Versammlung.

Stettin. Am 20. Februar tagte die Fortsetzung der örtlichen Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Kollege H. Schulz, die Angelegenheit Schmitter als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da die Kollegen mit dem Beschluss der letzten Generalversammlung nicht einverstanden sind, zumal sich noch herausgestellt hat, dass Schmitter sich noch mehr Verschreibungen hat, zu zinsulden kommen lassen, wie bis dato festgestellt war. Nach kurzer Debatte

wurde ein Antrag aus der Versammlung, das Ausschusssverfahren gegen Schmitter beim Hauptvorstand zu beantragen, angenommen. Alsdann erläuterte der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1912. Einnahme 45 327,10 Pf. Ausgabe 25 741,84 Pf. Kassenbestand am 1. Oktober 1912: 17 769,60 Pf. am 1. Januar 1913: 19 584,26 Pf. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: Votations 6984,39 Pf. Die Hauptkasse erhielt in bar direkt 13 290,80 Pf.; in bar an den Gauvorstand 800 Pf.; an Erwerbstöfe 684,70 Pf.; an Krause 3261,95 Pf.; Beerdigungsbeiträge 340 Pf.; Extraunterstützung 50 Pf.; Rechtschutz 330,50 Pf.; in Summa 18 757,45 Pf. sind an die Hauptkasse abgeführt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Ratsvorsitzen Decharge erteilt. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1912 gab der Kollege Steinmüller. Redner führte an, dass das Berichtsjahr als ein arbeitsreiches zu bezeichnen sei. Jedoch genügen die Erfolge bei weitem nicht. Im kommenden Jahre müssen alle Kräfte angespannt werden, um bessere Erfolge erzielen zu können. Die Ortsverwaltung erledigte ihre laufenden Geschäfte in 30 Sitzungen; eine Sitzung fand mit Vertretern des Hauptvorstandes statt, die sich mit der Regelung der Bureauarbeiten beschäftigte. Ein- und Ausgänge waren 7202 zu erledigen. Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen fanden 276 statt. Arrangiert waren natürlich mehr, diese nutzten aber ausfalls, weil die geladenen Kollegen nicht erschienen waren. Zur Belebung der Agitation wurden 42 175 Handzettel im Bureau angefertigt, die unter den Kollegen verbreitet wurden. Mitglieder hatten wir Ende 1911: 3353; neu angemommen wurden im Berichtsjahr 1761, wodurch aber wieder 1188 ausschieden, so dass Ende 1912 noch 3910 zahlende Mitglieder zu verzeichnen waren. Der Bericht ist hauptsächlich den Städtebahnern zu unterscheiden, weil diese meistens nach einer Lohnbewegung dem Verbande Palte sagten, was eine naturgemäße Erklärung ist. Martel wurden im Jahre 1911: 132 550, im Berichtsjahr 172 462 umgekehrt, ein Mehr von 40 912 gegen das Vorjahr, was als ein Fortschritt zu verzeichnen ist. An Lohnbewegungen hatten wir 9 zu verzeichnen, 8 waren Angriffe und eine Abwehrbewegung. Erzielt wurden für 1673 Kollegen in 52

gen bezogen wurde. Außerdem noch 161,55 Pf. in bar an die Buchhandlung. Die Versammlung erklärte sich alsdann mit der Tätigkeit der Verwaltung einverstanden und erließ eine Entlastung.

Zu die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Herpel, Verndt, Straßburg, H. Triellof, Sieg, B. Schulz, Hiller, Ehler, Linser, Gafer, H. Schulz, Stäbe, Schlei und Steinmüller gewählt. In die Gauverwaltung: Knobbe, Reicheng, Geste und Klünker. Als Ratsvorsitzen: Koch, Elzerow und N. Scheffler. Als erster Bevollmächtigter soll der Kollege Steinmüller, als Kassierer der Kollege Lünen wieder fungieren. Als Kartellbelegerie die Kollegen Ehler, Hiller, Verndt und Buchel. Ein Sitz in der Ortsverwaltung und im Kartell bleibt für den demnächst anzustellenden Kollegen frei. — Den Kartellbericht gab der Kollege Hiller. In kurzen Zügen erläuterte er die Tätigkeit des Kartells im Jahre 1912. Weiter wurde beschlossen, von der zehn Wochen Wode dieses Jahres ab eine örtliche Beerdigungsbeiträge für alle Sektionen einzuführen, den Beitrag pro Woche um 5 Pf. zu erhöhen, von dem Zuschlag die in Frage kommenden Extrabeiträge zu bezahlen und 10 Pf. pro Mitglied und Monat an den Dispositionsfonds der Gewerkschaft Stettin abzuführen. Die Kollegen, die bis Ende 1912 eingetreten sind und noch nicht die 3 Pf. für das hiesige Volkshaus abgeführt haben, haben dieses noch nachzuzaubern. Als dann wurden noch die Sektionsleitungen der einzelnen Sektionen bestätigt. Zum Schluß gab der Kollege Ehler noch die Abrechnung vom Wastenball, die mit einem Überschuss von 153,89 Pf. abschließt.

Worms. Am Sonntag, den 16. Februar 1913 stand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Die Quatrain- sowie Jahresrechnung gab der Kassierer, Kollege Rothernal, die Einnahmen vom 4. Quartal betrugen 404,28 Pf., die Ausgaben 693,12 Pf. Der Kassenbestand am Schluß des Jahres betrug 949,41 Pf. Für Aufnahmen gingen ein 136 Pf., an Wochenbeiträgen 980,20 Pf., an Orts-, Streit- und Kaufzöllen 375,85 Pf., an Extraaufnahmen 55,25 Pf. Die Gemeinnahme betrug 11 373,71 Pf. Ausgegeben wurden für Arbeitslosenunterstützung 377,76 Pf., Krankenunterstützung 3531,87 Pf., Streits 657,40 Pf. und Extraunterstützung 10,16 Pf. An Rechtschutz zog der 22 Pf. gewähr, für Rechtschutzzöllen 9 Pf. ausgegeben. Die Beerdigungsbeiträge bezügliche sich auf 37 Pf. für Projekte, Gesetz, Entschädigung, Materialien, Korrespondenz, Zeitungen, Porto und Telegramme wurden 1778,27 Pf. aufgewandt, desgleichen für Kartellbeiträge 682 Pf. Die sonstigen Ausgaben betragen 168,20 Pf. Die Hauptkasse erhielt 2751,89 Pf. Es verbleibt ein Kassenbestand von 1351,16 Pf. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht gab Kollege Franz Fred. Aus demselben ist hervorzuheben, dass die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung zu verzeichnen hat. Am Jahreschluss betrug dieselbe 431. Ferner fanden 10 Mitgliederversammlungen, 18 Vorstandssitzungen, 9 Betriebsversammlungen und Agitationssitzungen statt. Über den geistlichen Verkehr geben folgende Ziffern Aufschluss: Eingänge: Briefe 159, Drucksachen 70, Palte 274, Ausgänge: Briefe 141, Drucksachen 156, Palte 7, Telesongespräche 11. Sämtliche Lohnbewegungen wurden mit Erfolg beendet. Die Newwahl der Ortsverwaltung wurde vollzogen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, dass Herr Dr. Lechner zur Krankenfeste zugelassen ist. Ferner wurde auch noch auf den Konsumverein hingewiesen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ernannt hatte, auch in diesem Jahre für den Verband zu agitieren, schloss er die Versammlung.

ALLGEMEINE ÜBERSICHT

Ein gemütlicher Bürgermeister oder: Eine überraschende Lösung der sozialen Frage.

Motto: Wenn du aber gar nichts hast,
Gi, du Lump ich will nicht drängen! —
Kauf' für'n Groschen einen Strick,
Um dich daran — aufzuhängen!

Aus dem schönen Hessenlande kommt die Kunde und klingt wie eine wundersame Mär. Dort soll sich in einer Verbandlung vor dem Amtsgericht eines Kleinstadtchens folgender Dialog abgespielt haben:

Richter: "Herr Antches, Sie sollen die Wohnung räumen."

Antches: "Herr Richter, ich würde die Wohnung schon verlassen haben, aber ich bekomme keine Wohnung, denn ich bin blind und kann nichts verdienen."

Richter: "Da müssen Sie sich halt an die Bürgermeisterei wenden und die muss Ihnen für Wohnung sorgen."

Antches: "Herr Richter, ich war auf der Bürgermeisterei."

Richter: "Nun, was hat denn der Herr Bürgermeister gesagt?"

Antches: "Der Herr Bürgermeister gab mir 10 Pf. und sagte: 'So, jetzt gehst du fort, kaufst dir einen Strick und hängst dich auf!'"

Richter: "Das hat der Herr Bürgermeister gesagt?"

Antches: "Jawohl, Herr Richter!"

Kolumbus konnte nur ein Gi auf die Spize stellen und so nebenbei Amerika entdecken, dieser geniale Bürgermeister aber löst die soziale Frage — mit der man sich nun schon Jahrhunderte beschäftigt — indem er gleich

